

Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Briefkasten monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3466. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1789. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Inserate 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Nr. 33.

Dresden, Montag den 10. Februar 1913.

24. Jahrg.

Die Tarifverhandlungen im Holzgewerbe führten zu keiner Einigung. Die Unparteiischen fällten einen Schiedsspruch.

Nach einer Pariser Meldung hat der türkische Botschafter in London den Minister Grey zu bewegen gesucht, eine Intervention zur Beilegung der Feindseligkeiten einzuleiten.

Vernehmungen zufolge wurde die Garnison von Adrianopel bei einem Ausfall an der Ostfront mit großen Verlusten zurückgeschlagen.

In Konstantinopel brannte ein Stadtviertel nieder.

In Mexiko hat wieder einmal eine Armeeerevolution ausgebrochen.

Eine Enttäuschung für die Handlungsgehilfen.

Die Reichstagskommission, an die der Reichstag den Entwurf zur Änderung der Bestimmungen über die Konkurrenzklause im Handelsgewerbe verwiesen hat, hat — wie bereits hier gemeldet worden ist — mit allen Stimmen gegen die Sozialdemokratie und des antisemitischen Abgeordneten Behrens sowie des nationalliberalen Abgeordneten Marquardt das Verbot aller Konkurrenzklause abgelehnt. Diese Ablehnung hat eine allgemeine sozialpolitische Bedeutung.

Alle Handlungsgehilfenverbände ohne jede Ausnahme fordern das Verbot aller Konkurrenzklause. Zwar hat der Handbund versucht, einen Teil der Handlungsgehilfenverbände von dieser Forderung abzubringen, und einige von ihnen, so namentlich der Verein für Handlungscommis von 1888 und der Verband deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig, haben sich wieder gezwungen, für das Verbot aller Konkurrenzklause einzutreten. Und das aus gutem Grunde. Die Berechtigung dieser Forderung liegt dem doch zu klar auf der Hand. Der Geschäftsinhaber hat das selbstverständliche Recht, die Verbesserungen, die er seinen Angestellten verbietet, auch nach dem Austritt der Angestellten aus seinem Geschäft auszunutzen — die Konkurrenzklause aber soll den Angestellten verbieten, nach ihrem Austritt aus dem Geschäft das zu betreiben, was sie in dem Geschäft gelernt haben, d. h. die Angestellten zu Menschen geringeren Rechtes herabzubringen.

Daher haben sich selbst bürgerliche Sozialpolitiker für das Verbot aller Konkurrenzklause bemüht. Sie haben daran erinnert, welche schweren Fehler die bürgerlichen Parteien und Regierungen dadurch begangen haben, daß sie sich seitherzeit in kurzweiliger Weise gegen die ersten Arbeiterschutzmaßnahmen gestäubt und die Arbeiter auf die Vertragsfreiheit verwiesen haben, die in Wahrheit nur zu oft das Mittel zur rückwärtsgehenden Ausbeutung ist. Auf diese unverständliche Haltung führen jene bürgerlichen Sozialpolitiker zu einem guten Teil das schnelle Anwachsen der Sozialdemokratie zurück. Den letzten Fehler, so sagen jene Sozialpolitiker, sollten die bürgerlichen Parteien und Regierungen jetzt gegenüber den Angestellten unbedingt vermeiden, weil sie sonst auch aus den Reihen der Angestellten immer größere Scharen der Sozialdemokratie zutreiben.

Diese Mahnungen scheinen einen gewissen Eindruck auf die bürgerlichen Parteien gemacht zu haben. Bei den Reichstagswahlen haben diese Parteien den Angestellten die schönsten Versprechungen in bezug auf Schutzmaßnahmen gegen die Ausbeutung durch die Geschäftsinhaber gemacht. Daher rechnen viele Kreise der Angestellten darauf, daß der Reichstag mit großer Mehrheit alle Konkurrenzklause verbieten werde.

Es hat sich aber auch bei dieser Gelegenheit wieder gezeigt, daß die bürgerlichen Parteien ihre schönen Versprechungen ebensovienig für die Angestellten wie für die Arbeiter halten können. Sie müssen in erster Linie auf die Unternehmerrückicht nehmen. Der Augen der Unternehmer baut sich aber auf der Ausbeutung der Angestellten und Arbeiter auf. Jede Einschränkung dieser Ausbeutung empfinden die Unternehmer als eine Schädigung.

Das tritt auch jetzt bei der Beratung der Konkurrenzklause zutage. Die Unternehmer und ihre Verbände bestimmen den Reichstag mit Eingaben, in denen sie das Verbot aller Konkurrenzklause als eine „Vergrößerung“ der Geschäftsinhaber einstellen. Sie nehmen das unbedingte Recht in Anspruch, ihrem Augen nachzugehen, auch wenn dadurch die Angestellten in unbedeutender Weise geschädigt werden.

Die bürgerlichen Parteien trübten sich zwar, ohne jeden Vorbehalt den Forderungen der Geschäftsinhaber nachzugeben, aber in der Hauptsache haben sie sich auf die Seite der Geschäftsinhaber geschlagen und ihnen das Recht zuerkannt, den Angestellten durch die Konkurrenzklause die Möglichkeit zu nehmen, ihre Arbeitskraft zu verwerthen. Sie betrachten es als ihre Pflicht, das „berechtignte Interesse“ der Geschäftsinhaber an dem Schutze ihrer Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse zu wahren.

Auf der anderen Seite wollen sie aber auch die Angestellten gegen die Schädigung durch „unberechtignte“ Konkurrenzklause schützen. Daher wählen sie sich jetzt in der Reichstagskommission damit ab, die Grenze zwischen den „berechtignten“ und „unberechtignten“ Konkurrenzklause zu ziehen.

Trotz aller Bemühungen ist ihnen das aber nicht gelungen, und es kann ihnen niemals gelingen. Da die Konkurrenzklause ihrer Natur nach berechtigt ist, besteht bei jeder Art der Konkurrenzklause die Gefahr, daß die Beschränkung zu unbedeutenden Schädigungen der Angestellten führt.

Merkwürdig können sich die bürgerlichen Parteien auf einzelne Fälle berufen, in denen die Angestellten ungeschont behandelt haben. So führte der Abgeordnete Waldstein von der fortschrittlichen Volkspartei folgendes Beispiel an: Eine Witwe stellt zur Verthung ihres Ladengeschäfts einen Angestellten ein. Nachdem der Mann alle Betriebsrichtungen kennen gelernt hat, mietet er die Witwe aus und macht in demselben Laden ein eigenes Geschäft derselben Art auf. Mit Recht mußte sich der Herr von einem anderen bürgerlichen Abgeordneten antworten lassen, daß hier der demütlich § 1 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb angewendet werden kann, die Konkurrenzklause also zum Schutze der Witwe nicht notwendig ist.

Wie dem aber auch immer sei, in jedem Falle liegt das Verbot nicht darin, daß der Angestellte sich selbständig in dem Geschäftszweig gemacht hat, in dem er erfahren ist, sondern darin, daß er sich dabei eines unlauteren Mittels bedient. Können derartige Fälle aber nicht auch bei den Geschäftsinhabern gegen die Angestellten vorkommen? Hat nicht schon oft genug ein Geschäftsinhaber die Kenntnisse eines Angestellten ausgenutzt, dauernde, wertvolle Verbesserungen mit Hilfe des Angestellten durchgeführt und dann den Angestellten rückwärts zulassen? Trotzdem denkt kein Mensch daran, wegen solcher einzelner Fälle allen Geschäftsinhabern das Recht zu beschneiden, nach dem Austritt der Angestellten aus dem Geschäft die Verbesserungen auszunutzen, die der Angestellte angeregt oder durchgeführt hat.

Die bürgerlichen Parteien lassen sich jedoch durch alle derartigen Einwände nicht abhalten, die „berechtignte“ Konkurrenzklause zu schützen. Sie haben sich über die Schwierigkeiten in der Feststellung dessen, was eine „berechtignte“ Konkurrenzklause ist, damit hinweggeholfen, daß sie die Unterscheidung zwischen berechtignter und unberechtignter Konkurrenzklause den — Richtern überlassen. Das war schon bisher das Verfahren nach dem Handelsrecht, und es hat sich als ungenügend erwiesen. Dennoch soll in derselben Weise weitergetrieben werden.

Fremdlich werden jetzt die Bestimmungen durch viele Wenn und Aber „verbessert“. Ein Schwarm von Worten soll über die Tatsache hinwegtäuschen, daß die bürgerlichen Parteien auch hier wieder völlig versagen. Kein denkender Handlungsgehilfe wird sich aber auf die Dauer täuschen lassen. Wer jetzt noch nicht den wahren Sachverhalt erkennt, wird um so mehr darüber aufgeklärt werden, je länger die neuen Bestimmungen gelten. Die Mißstände, die gegenwärtig als die Folgen der Konkurrenzklause anerkannt werden, werden sich auch später zeigen und die Angestellten immer wieder von neuem daran erinnern, wie sehr die bürgerlichen Parteien sie bei dieser Gelegenheit enttäuscht haben.

Das deutsch-englische Rechenexempel.

Von unserem Korrespondenten.

Lk. London, 10. Februar.

Die mageren Berichte von der Rede des Admirals von Tirpitz in der Budgetkommission des deutschen Reichstags haben in London natürlich große Aufmerksamkeit auf sich gelenkt. Die Rede wird, wie nicht anders zu erwarten war, von den Presseorganen der verschiedenen Parteien verschieden aufgenommen. Während die liberalen Blätter unterhöhlte Freuden äußern und den Anfang einer systematischen gegenseitigen Einschränkung der Rüstungen in den Tirpitzischen Äußerungen erblicken, verhält sich die konservative Presse viel feindseliger, wenn nicht ganz ablehnend. Der Daily Citizen begrüßt das deutsche Angebot als ein Ereignis von größter Wichtigkeit und fordert von der englischen Regierung, es unverzüglich anzunehmen.

Die Times sowie die meisten andern Blätter weisen darauf hin, daß durch die Festlegung des englisch-deutschen Flottenverhältnisses von 17 (nicht 16) zu 10 Dreadnoughts im März des vorigen Jahres vor der Einbringung der deutschen Flottennovelle erfolgte und daß es deshalb heute nicht mehr gelten könne. Ferner führt die imperialistische Presse aus, daß die Flottenbauten der britischen Kolonien bei Festlegung des gegenseitigen Verhältnisses nicht eingebracht werden können. Danach eröffnet das Angebot des Admirals Tirpitz die besten Aussichten auf beiderseitige patriotische Rechenexempel, endloses Geschwätz und schließlich vielleicht erneute Flottenhege. Die hochkonservative Morning Post meint, Diskussionen über gegenseitige Rüstungseinschränkungen seien die schlechteste Methode, bessere Beziehungen zwischen den beiden Staaten herbeizuführen zu wollen. Alle konservativen Blätter sind sich darin einig, daß die großen Flottenbauten der britischen Kolonien der deutschen Regierung einbüßen die Hoffnungslosigkeit aller Anstrengungen, England zu überholen vor Augen geführt haben. Nur der Standard erklärt den Frontwechsel der deutschen Regierung mit innerpolitischen Erwägungen. Die deutsche Regierung sei zu neuen großen Seereschränkungen entschlossen, und da sie die Unmöglichkeit ein-

sehen, neue Steuern für beide Formen der Militärrüstungen, aufzubringen, sei sie zu einer Verständigung mit England über die Flottenrüstungen bereit.

Erst die neuen Flottenetats der beiden Regierungen werden zeigen können, ob wirklich dem Rüstungswahn endlich einmal Einhalt geboten werden soll. Wer sich allzu großen Hoffnungen hingibt, wird sicherlich enttäuscht werden. Aber es kann keinem Zweifel unterliegen, daß sich in den letzten Monaten allmählich eine Aenderung in den internationalen Verhältnissen vollzogen hat, deren wichtigste Elemente die Verschärfung des Gegenlages zwischen England und Rußland auf der einen und England und den Vereinigten Staaten auf der anderen Seite sind. Das ist freilich nichts weniger als eine Entwicklung zum internationalen Frieden, aber sie begünstigt eine Entspannung des Gegenlages zwischen England und Deutschland, der nicht nur die Kriegsgefahr zu einer ständigen und akuten machte, sondern den Kriegsschauplay in das Herz Europas verlegte. Deshalb wird man auch die kleinste Aussicht auf eine Besserung der englisch-deutschen Beziehungen mit lebhaftem Interesse verfolgen.

Französische Kommentare.

Paris, 9. Februar.

Den politischen, meist nationalistischen Gruppen in Frankreich, die der Entente mit England niemals recht getraut haben, macht das angebliche deutsch-englische „Flottenabkommen“ schwere Sorgen. So wird im Gelate erzählt, daß England über Frankreichs Woy hinweg die Annexion Ägyptens proklamieren wolle, daß es in Marokko Frankreich bei jedem Schritte im Wege sei, und daß es den Völkern Langens erstrebe. Im Echo de Paris wird die Welt auf Deutschlands dunkle Pläne aufmerksam gemacht. Wird Deutschland das diplomatische Manöver gelingen, das die Verwirrung des deutschen Heeres bewirken soll? fragt das Blatt. Wird es Deutschland gestattet sein, alle seine finanziellen Kräfte auf die Vorbereitung der furchtbaren Offensive gegen Frankreich zu verwenden? Oder wird England einsehen, daß ein neues Armeekorps am Rhein doch einige neue Dreadnoughts wert sein sollten? Diese aufgeregten und mißtrauischen Leute sind in der Unbertheit. Die ruhigeren Kreise und namentlich die Zeitungen, die mit der Regierung Fühlung haben, äußern sich über die Beziehungen zwischen England und Deutschland sehr vorsichtig und zurückhaltend. Der Petit Parisien meint, daß die Worte des Staatssekretärs v. Tirpitz als ein derartiges Symptom zu bezeichnen seien. Das Journal des Debats hält ein formelles Flottenabkommen zwischen zwei Staaten für unmöglich. Der Temps schreibt: Wir finden in den fünfzigjährigen Regierungsjahren Wilhelm II. keine Angelegen einer offenkundigen Anklage. Wir sehen auch nicht ein, was Deutschland jetzt bei einem Siege gewinnen sollte. Niemals ist das französische und das russische Meer so vollkommen vorbereitet gewesen wie jetzt. Der Zusammenstoß, von dem man redet, ist heute ebensovienig wahrscheinlich, wie er es gestern war.

Scharmützel und Siegesmeldungen.

Bulgaren und Türken wollen wieder einmal zu gleicher Zeit am gleichen Plage gesteckt haben — um Schatardscha wie um Gallipoli. Das mag daran liegen, daß es sich in Traxien gegenwärtig um Vorkampfe und Aufmarsch-Scharmützel handelt, bei denen bald dieser, bald jener Gegner erfolgreich war. Konstantinopel amtlichen Meldungen zufolge ist die Situation alles in allem auf dem Kriegsschauplaye unverändert. Die Kämpfe auf allen Positionen dauern fort. Große Entschlüsse werden sich vor. Die Berichte von der Sperrung der Dardanellen werden demontiert. Die türkischen Truppentransporte nach Gallipoli und nach Rodosto werden fortgesetzt. Ein Teil des Truppentransportes war nach Vidia am Schwarzen Meere bestimmt, wo türkische Irreguläre eine Landung mit Unterstützung einiger Kriegsschiffe versuchen sollten, um dann Vanden zu bilden, welche die bulgarischen Truppen bedrängen sollen. Die Kriegsverwaltung hat einen großen Teil der Dampfer requiriert, welche dem Verkehr nach den Vorkampfbereichen verkehren; dieser wird dadurch stark behindert. Bestätigt wird, daß die Bulgaren unter dem Schutze des Feuers der griechischen Kriegsschiffe die Höhen von Schamilo besetzten.

Die Mächte sehen den Ereignissen wieder einmal abwartend gegenüber. Halbamtlich wird dazu in der Nordd. Allgem. Ztg. erklärt:

Der von allen Mächten gehegte Wunsch, die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten in Traxien vermeiden zu sehen, hat sich nicht verwirklichen lassen. Unerschütterlich aber ist das Verhältniß der Mächte untereinander geblieben. Nach wie vor geht ihr Bestreben auf mögliche Beschränkung und Abklärung der kriegerischen Ereignisse, auf zweckmäßige Mitarbeit an einem baldigen Friedensschluß und auf gemeinsame Lösung der so dabei interessierenden Fragen, die von der Versammlung der Vorkampfer in London vorbereitet wird. Zur Erreichung dieser Ziele bleiben die Mächte solidarisches in der Wahrung ihrer Neutralität und des europäischen Friedens.

Das klingt ganz schön, wenn nur nicht alle Welt wüßte, wie eiferfüchtig die Mächte einander in der Orientangelegenheit auf die Finger sehen und wie jede Macht im Geheimen ihr privates diplomatisches Garn zu spinnen bemüht ist. So bringt die Neue Freie Presse eine Meldung aus London, inwieweit die Türkei und Rußland wichtige Verhandlungen im Gange sind.

Nach einer Konstantinopeler Meldung des Echo de Paris hat der türkische Botschafter in London sein

Streichungen mit einem weichen Pinsel und dem Meißel ausführen

Streichungen mit einem weichen Pinsel und dem Meißel ausführen

Staatssekretär des Aeußern Sir Edward Grey vorgeprochen, um die Vermittlung der Mächte zur Einstellung der Feindseligkeiten zu erbitten. Grey soll erwidert haben, daß die Pforte diesen Schritt in amtlicher Weise machen müsse.

Bulgarische Siegesmeldungen.

Sofia, 9. Februar. Bei Tschataldscha sollen die Türken drei Offensivangriffe, unterstützt von Kriegsschiffen und Festungsbatterien, unternommen haben, aber überall zurückgeschlagen worden sein. Die Ausfälle erfolgten gegen Armutli, Papat-Burgas und Gjukscheli. Besonders empfindlich sei für die Türken der Widerstand der Bulgaren bei Papat-Burgas gewesen, wo ein Valonethangriff die Türken in wilde Flucht gejagt habe. Die Höhe der Verluste sei unbekannt. Der Versuch der Türken, gedehnte Fronten zwischen Silivria und Rodosto zu landen, sei von den Bulgaren abgewehrt worden. Die Beschießung Adrianopels dauert an und soll gute Fortschritte machen. Auch sollen alle Versuche der Türken, in der Gegend von Terkos zur Offensive vorzugehen, gescheitert sein; der Feind ging überall in seine ursprünglichen Stellungen zurück. Während des ganzen Tages machten bulgarische Flugzeuge Erkundungsfüge über die Tschataldshalbinsel.

Türkische Siegestelegramme.

Konstantinopel, 9. Februar. Dem Terdschuman zufolge ist die Lage der Bulgaren bei Oskanli nördlich von Gallipoli kritisch. Ein entscheidender Kampf ist bereits im Gange oder steht unmittelbar bevor. Nach denselben Blatt war das Gefecht bei Plava an der Tschataldshalbinsel sehr blutig. Die Bulgaren hätten hartnäckigen Widerstand geleistet, mußten aber vor den Türken Schritt vor Schritt zurückweichen. Das Kriegsministerium teilt mit, daß die Bulgaren in dem Kampf südlich von Katal schwere Verluste erlitten hätten und sich zurückziehen mußten. Die Türken hätten die Stellungen, die die Bulgaren genommen hatten, wiedererobert. Bei Tschataldcha habe gestern ein türkischer Aeroplan erfolgreiche Erkundungsflüge unternommen. Bei Rodosto seien die von den Bulgaren ausgelegten Gräben bei der Landung entfernt worden.

Die Kämpfe um Adrianopel.

Sofia, 9. Februar. Nach nichtoffiziellen Meldungen unternahm ein türkisches Regiment heute einen Ausfall an der Ostfront von Adrianopel, wurde jedoch zurückgeschlagen. An der Spitze des Waranara-Merces führten die Türken heute keine Aktion durch. Dies wird dahin ausgelegt, daß sie infolge des gelingenden Mißerfolges die Absicht, eine Landung durchzuführen, aufgegeben haben.

Konstantinopel, 9. Februar. Nach Meldungen türkischer Blätter hoben die Bulgaren gestern Abend die Beschießung Adrianopels eingestellt.

Ein bulgarischer Aeroplan überflog Adrianopel; er wurde durch das türkische Feuer zur Rückkehr gezwungen.

Nach einer Meldung des Wlattes Pflam wurden die kürzlich von den türkischen Truppen abgegebenen Stellungen bei Katal nach heftigen Kämpfen wieder genommen und der Feind unter großen Verlusten zurückgeschlagen.

Neue Gefechte bei Gallipoli.

London, 9. Februar. Hier eingelaufenen Konstantinopler Telegramme zufolge haben neue Kämpfe bei Gallipoli stattgefunden, über deren Ausgang nichts Bestimmtes verlaubar ist. An der Tschataldshalbinsel seien die Bulgaren ihren Rückzug fort. Leichtes Vorpollenscharmügel finden statt.

Die Kämpfe bei Stutari.

Cetinje, 9. Februar. Nach hier eingetroffenen Meldungen hat der geistliche Angriff auf Stutari einen derartigen Erfolg gehabt, daß für heute die Entscheidung über das Schicksal Stutaris mit Bestimmtheit zu erwarten ist. Die beiden Gegner sind bis auf Schußweite aneinander gekommen. Die Serben und Montenegriner sollen ziemlich bedeutende Verluste erlitten haben, da die Türken sich hartnäckig wehren.

Erfolge der Verbündeten.

Podgorica, 9. Februar. Die vereinigten montenegrinischen und serbischen Truppen, die die Beschießung der Befestigungen Stutaris fortsetzen, konnten sich gestern einigem strategisch wichtiger Punkte bemächtigen, aus denen sie die Türken vertrieben. Das Artilleriefeuer der Alliierten ist sehr erfolgreich; gestern wurde außerdem eine türkische Batterie zum Schwelgen gebracht.

Cetinje, 9. Februar. (Amlich.) Der kleine Vardanok, eine wichtige und stark besetzte türkische Position, von wo der Feind seit zwei Tagen Widerstand leistete, wurde von den Montenegrinern genommen. Der Feind zog sich in gänzlich Unordnung aus der Stadt zurück. Die Montenegriner schafften schwere Geschütze auf die eroberte Position, von wo sie einen Sturm auf Stutari unterhalten können. Gefangen gefangen genommene Türken besitzend das Gerücht, daß Hassan Riza gefallen sei und daß in Stutari Mangel an Lebensmitteln fühlbar werde. Sie erklärten jedoch, daß Munition im Ueberflus vorhanden sei.

Das letzte Aufgebot.

Von unserem Korrespondenten.

pr. Konstantinopel, 8. Februar. Ganz anders wie im Anfang des Krieges, da die türkischen Offiziere überzeugt waren, daß sie mit den bulgarischen „Bichtreibern“ leicht fertig werden und ihnen einen Denzettel für lange hinaus erteilen werden, ist jetzt das Verhalten der türkischen Armeeleitung äußerst vorsichtig geworden, während die bulgarische Generalität einen geschwollenen Eigensinn und Uebermut zur Schau trägt. Aber die räpelhaften Vorhaben des Generals Sadowitz dürfen nicht darüber hinweggesehen werden, daß die Stimmung in den Reihen der verbündeten Armeen jetzt eine wesentlich andere sein muß, als im Anfang des Krieges. Abgesehen schon davon, daß die Leute durch die vielen Schlachten, Strapazen, Entbehrungen, Krankheiten müde gemacht worden sind, ist ja kein nationales Ziel mehr da, das man den Massen vorträgen könnte: denn Ragadonien ist ja bereits „befreit“. Es ist kein Ziel mehr da, das den Volksmassen einleuchtend und begehrenswert erscheinen könnte. Sie kämpfen nur noch, weil sie dem Kommando folgen müssen.

Was nun die türkische Armee anbetrifft, so ist man sich hier nunmehr der einen Tatsache jedenfalls voll bewußt: daß man jetzt den letzten Kampf kämpft, daß die Existenzfrage des Reichs und das Schicksal der türkischen Nationalität auf dem Spiele stehen. Es macht sich darum in den muslimanischen Kreisen Konstantinopels wie der Provinz eine große patriotische Opferfreudigkeit geltend. Das von den Jungtürken gebildete Komitee der nationalen Verteidigung hat starken Anlauf genommen: Von überall her laufen Spenden ein und melden sich Freiwillige. Ist auch der materielle Effekt an und für sich unbedeutend — da es dem Staat nicht an Soldaten, sondern

an Geld mangelt, und Geld haben die türkischen Massen nicht — so ist die Bewegung doch ein wichtiges Symptom der Stimmung, die in den muslimanischen Volksteilen herrscht, woraus wir wiederum einen Einblick in den Geist der Armee gewinnen. Die Geldfrage ist freilich nicht und bleibt der schwächste Punkt der türkischen Kriegsführung. Von den drei Millionen türkischen Pfund, die angeblich die deutsche Bankgruppe der türkischen Regierung als Vorschlag bereits ausgedehnter Schatzscheine verwandt werden. Es verlautet mit Bestimmtheit, daß von dem Rest 500 000 Pfund bereits ausgezahlt wurden; dann wurde die Summe auf 100 000 Pfund reduziert. Wie dem auch sei, Tatsache ist, daß die Gehälter der Beamten noch immer unausgezahlt bleiben. Es heißt jetzt, die Regierung wolle für 5 Millionen türkische Pfund neue Schatzscheine ausgeben. Das wäre leicht gemacht, ob aber auch diese Schatzscheine Abnahme finden, ob die Handelswelt sie gelten läßt, das ist eine andere Frage. Die Situation ist um so kritischer, als das Kabinett Kiamî Pasha alberne Maschinen mit Scheidemünze — Nickel und Silber — angefertigt hatte.

Man hat enorme Quantitäten Nickelmünzen auf den Markt geworfen. Infolgedessen entstand ein Agio für Gold. Die Konstantinopler Bankiers benutzen die Situation, um ein vorteilhaftes Geschäft mit der Provinz zu machen, indem sie dorthin, wo die Kurse noch die alten waren, große Mengen Nickelmünzen abschoben. Selbstverständlich mußte infolgedessen in der Provinz erst recht ein Kurssturz für Nickelmünzen eintreten. Die türkische Goldmünze, die früher 109 Piaster in Nickel galt, liegt infolgedessen bis auf 170 Piaster. An einzelnen Orten, wie z. B. in Jerusalem, entstand eine wahre Panik. Die Geschäftsleute wollten überhaupt keine Nickelmünzen mehr annehmen. In den Tabakläden, selbst auf dem Markte, nahm man gern Briefmarken in Zahlung, besonders österreichische und deutsche, doch keine Nickelmünzen. Die Behörden erließen nun eine Verordnung, wonach jeder verpflichtet sein soll, Nickelmünzen in Zahlung zu nehmen. Das hat die Situation, wie nicht anders zu erwarten war, noch verschlimmert. Die Kaufleute weigerten sich nun, überhaupt zu verkaufen und schlossen ihre Magazine. Selbst die Wädeläden wurden geschlossen. Die Regierung ließ zwangsweise Brot backen, da Hungerrevolten drohten.

Dieser Sturz des Nickels zog auch einen Sturz des Silbers nach sich. Zudem wird verbreitet, daß die Regierung auch zu viel Silbergeld ausgegeben habe. Es heißt, daß, um das Publikum zu hintergehen, die Regierung die neuen Silbermünzen in Deutschland habe prägen lassen, von wo sie dann nach Konstantinopel gebracht wurden.

Es scheint, daß in dieser Unruhe, die den Geldmarkt erfasst hat, auch eine planmäßige Agitation gewisser Bankinstitute steck. Die Situation ist kritisch. Die Türkei legt viel auf die Karte. Es gilt die letzte Anstrengung!

Verkauf des türkischen Thronerbes.

Konstantinopel, 9. Februar. Das Blatt Feuille Turke meldet, daß sich nunmehr ein ausländisches Subdit gebildet hat, das bereit ist, den Thron des Sultans Ismail für die geforderte Summe von 800 000 türkischen Pfund aufzukaufen.

Deutsches Reich.

Delbrück und die Agrarier.

Der Staatssekretär des Innern sieht sich abermals genötigt, einen Angriff der Konservativen in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung zurückzuweisen. Er tut das in der beliebigen überhöflichen Form, indem er das offizielle Blatt schreiben läßt:

Die Kreuzzeitung veröffentlicht in ihrer Nummer 64 vom 7. d. M. an leitender Stelle einen Artikel, in dem über die mangelnde Vertretung der Landwirtschaft innerhalb der Reichsverwaltung, insbesondere in dem Beamtenkörper des Reichsamts des Innern, geklagt wird. Im Zusammenhang damit wird behauptet, daß im Herbst vorigen Jahres bei den Beratungen über die Maßnahmen zur Bekämpfung der Fleischnotung das Reichsamt des Innern eingeschlossen gewesen sei, den § 12 des Fleischbeschaugesetzes fallen zu lassen, nur weil das Gesundheitsamt ihn für unentbehrlich hielt.

Inwieweit der allgemeine Vorwurf mangelhafter Vertretung landwirtschaftlicher Interessen innerhalb der Reichsverwaltung berechtigt ist oder nicht, wollen wir heute nicht erörtern. Dagegen möchten wir alsbald feststellen, daß weder das Gesundheitsamt den § 12 des Fleischbeschaugesetzes jemals für entbehrlich erklärt, noch das Reichsamt des Innern die Absicht gehabt hat, diese gesetzliche Bestimmung fallen zu lassen.

Tatsache ist, daß das Reichsamt des Innern in der Fleischfrage auf dem Standpunkt der württembergischen und der bayerischen Regierung gestanden hatte, die sich beide zwar nicht mit der Befreiung, aber mit einer Abänderung und Erleichterung der im § 12 des Fleischbeschaugesetzes enthaltenen Spermaeregeln einverstanden erklärt hatten. Auch der Plan, die Zufuhr von Gefrierfleisch zu erleichtern, ist an dem Widerstande des „führenden Bundesstaates“ gescheitert wie die Wahlurne, das Reichswohnungs-gesetz und manches andere.

Die Junker und die badiische Regierung.

Die badiische Regierung hat absolut keine Lust, sich von den preussischen Junkern zu viel gefallen zu lassen und wehrt sich recht kräftig ihrerseits. Nachdem sie erst vor einigen Tagen dem Herrn v. Kardorff ein paar Behörige auf den Kopf gegeben hat, bringt jetzt die Süddeutsche Reichskorrespondenz eine angeblich von amtlicher Seite herrührende Auslassung, in der es unter anderem heißt:

Es hat in Baden das lebhafteste Befremden erregt, daß ein Teil der konservativen bzw. freikonservativen Presse Preußens, und zwar voran die Kreuzzeitung, die badiische Regierung systematisch schon seit Jahren in einer Weise angriff, die nicht anders als tendenziös und überheblich bezeichnet werden muß. Das Allerklärteste an diesen Artikeln war der Umstand, daß sie ohne Rücksicht auf die Grundzüge der konservativen Partei die Staatsautorität im leidenschaftlichsten Tone herabzusetzen versuchten. Richtigstellungen und Zurückweisungen, wie sie oft genug in dem badiischen Regierungsorgan und auch in der letzten Landtagsession durch den betreffenden Minister selbst erfolgten, wurden von der Kreuzzeitung und ihrer Gefolgschaft entwehrt mit Eohn und Spott überflüssig oder ignoriert. Gelegentlich wurde auch einmal eine Auslassung der Landtags-Rede in ihr Gegenteil verkehrt, und dann auf Grund dieser objektiven Fälschung der Versuch gemacht, der badiischen Regierung von neuem einen Strich zu ziehen.

Es ist ja eine alte Geschichte, daß die Junker trotz all

ihrer schönen Parteigründsäge auf die Staatsautorität stellen, wenn irgendwo einmal eine Regierung nicht nach ihrem Geschmack ist. Mit ihren Grundrissen nehmen sie's überaus leicht, sie selbst richten sich nur danach, wenn ihnen gerade in dem

Die Klassenjustiz.

Die Rechtspflege ist in ihrer gegenwärtigen Gestalt ein Ausdruck der tiefsten Gegensätze, die die heutige Gesellschaft aufzuweisen hat. Weil sie ausgeübt wird von der herrschenden Klasse und ihren Vertretern gegen das Proletariat, sprechen wir von Klassenjustiz. Es ist, wer weiß wie oft, von Nationalliberalen Dr. Schiffer anerkannt worden, daß dieser Vorwurf keineswegs eine bewußte Parteilichkeit der Richter bedeutet, vielmehr die viel wichtigeren Tatsache der Minder-Richterpersonal eine andere als eben diese Klassenjustiz gar nicht denkbar ist.

Genosse Dr. Cohn, der in der heute begonnenen Generaldebatte des Justizrats als erster Redner das Wort nahm, begründete die Anklage mit schmerzlichem Beweismaterial. Die Rechtsprechung gegenüber Streitenden in Fällen der sogenannten Belästigung oder Bedrohung der sogenannten Arbeitswilligen lieferte ihm zahlreiche und äußerst wirksame Beweismittel, und das auch ohne die von der äußersten Reaktion gewünschte Ausnahmegebung das bestehende Recht mit besonderer Schärfe angewandt wird, sobald es sich um Arbeiter handelt, ist in der Tat der deutlichste Nachweis, der für das Vorhandensein der Klassenjustiz erbracht werden kann. Gerade in dieser Richtung war die Rede des Genossen Dr. Cohn äußerst ergiebig. Er zeigte, mit welchem Reichtum an Phantasie und willkürlicher Interpretation alle möglichen Paragraphen des Strafgesetzbuches herhalten müssen, während, auf der anderen Seite gegenüber Angehörigen der besitzenden Klasse die gärtliche Milde allzu häufig ist. Eine Fülle von Einzelfällen, die in ihrer Gesamtheit eben mehr sind als nur eine beliebige Häufung beliebiger Details, bildete die unwiderleglichen Belege. Unser Redner erörterte auch bei dieser Gelegenheit die hilflose Unterstützung, die die Justiz bei den Organen der Polizei findet, und er führte als außerordentlich wirksames Muster eine Aufforderung zur Hochverrats an aus der Feder Friedrich Wilhelm IV. von Preußen an. Dieses Argument war so kräftig und zugleich so einleuchtend, daß nicht einmal der antirende Vizepräsident, der allezeit zu Ordnungszwecken bereit Herr Dr. Paasche, das geringste zu sagen wußte was das späterhin auch der Staatssekretär des Reichsjustizamts sich mit einem sehr schwachmütigen Bedauern über eine allerdings respektlose Äußerung begnüge.

Wir sagten es schon: Wo so viel einzelne Fälle, deren Zahl noch beliebig vermehrt werden könnte, zugunsten einer bestimmten These sprechen, kann die Ausrede nicht nützen, als ob die Häufung für das Gesamtbild nichts beweise. Trotzdem war das der einzige Einwand, der vom Regierungsrat und von den bürgerlichen Parteien vorgebracht werden konnte. Der Zentrumsmann Dr. Weiser hatte natürlich die Pflicht, zu sagen, daß die Angriffe „zu weit gehen“, und namentlich Herr Dr. Schiffer bemühte sich um den Nachweis, daß man eben doch nicht von einer Klassenjustiz sprechen könne. Aber so geschickt auch in der Form und in der Anordnung seiner Beweisgründe der nationalliberale Redner seine ritterlichen Standesgenossen und die Rechtspflege verteidigte, gegen die Tatsache der unbestreitbaren Klassenjustiz und gegen die klaren Folgerungen unseres Redners konnte er nicht aufkommen. Auch mit der besten Latenz läßt sich eine schlechte Sache nicht verteidigen, wobei ganz davon abgesehen werden kann, daß Herr Dr. Schiffer zuweilen darauf verzichtete, gewandt zu bleiben.

In der Debatte wurde noch eine Reihe Einzelfragen der Gesetzgebung von den Rednern aus dem Hause und von dem Staatssekretär Dr. Nisco besprochen. Namentlich die der Neuregelung der Gebühren für Sachverständige und Juristen und die Einführung der Diäten für Schöffen und Geschworene. Die Sitzung hatte mit einem persönlichen Rückzug des Herrn Dr. Dertel in seinem Kampf gegen den Staatssekretär Dr. Delbrück begonnen.

Ein saules Kolumbusel.

Nachdem Kreuzzeitung und Deutsche Tageszeitung von dem Vorschlag des Grafen Schwerin, die Stempelsteuern an Besitzverhältnisse dem Reiche zu überweisen, öffentlich abgelehrt, kommt auch noch Herr Erzberger im Lag mit einer entgegengesetzten Abgabe. Er schreibt:

Dieser Vorschlag scheint das Ei des Kolumbus zu sein. Krogdem sehen ihm so erhebliche Bedenken im Wege, daß er als ganz unannehmbar bezeichnet werden muß. Der Vorschlag kommt schon deshalb viel zu spät; an eine Ueberlassung der heutigen Reichsbesitzverhältnisse an die Bundesstaaten kann man im Grunde nicht mehr denken. ... Dazu kommt ein zweites Bedenken: Die einzelstaatlichen Stempelsteuern sind beim besten Willen nicht als eine „allgemeine, den verschiedenen Besitzformen gerecht werdende Besitzsteuer“ anzusehen; wenn man sie näher kennt, bilden sie ein recht buntes Bild der Besteuerung des Verkehrs, des Grundbesitzumsatzes, der Erbschaften an Kinder, der Mietverträge, Vollmachten und anderer Verkehrssteuern. Unter keinen Umständen kann man sagen, daß dieser Vorschlag der der Vorkammer-Erzberger gerecht wird.

Endlich würde eine solche Abtretung aller Landesstempelsteuern an das Reich eine ungerechte Belastung Süddeutschlands und der Rheinlande darstellen.

Man darf den gemalten Plan des Dreiklassenpräsidenten nun wohl als gänzlich abgefertigt betrachten. Nachdem aber dieses Ei des Kolumbus unter den Tisch gerollt ist, darf das Wüten von neuem beginnen. Wie macht man eine Besitzsteuer, die den Besitzenden, wenigstens den Grundbesitzern, nicht kostet, sondern womöglich noch etwas einbringt?

Eine billige Oberfeier.

Vor dem Kriegsgericht der dritten bayerischen Division in Landau hatte sich am Freitag der Oberst und Regimentskommandeur Dr. v. H. bayerischen Infanterieregiments in Biederfeld wegen tadeliger Vorgehens und Körperverletzung, begangen an dem Vorausgeber der bayerischen Korrespondenz in Biederfeld, dem Redakteur Peter Roth, zu verantworten. In der Verhandlung wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Am 2. d. M. wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen. In der Verhandlung wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen. In der Verhandlung wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Am 2. d. M. waren im bayerischen Ministerium, in der Verhandlung wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen. In der Verhandlung wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen. In der Verhandlung wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

mosel lie... in Offizi... merklam... dessen Be... dem Sch... ein wört... steller... halbe Bot... feige e... herborber... waren de... Schönbild... Offizier... lungen ic... all im m... jurebrüde... treffend... habe, die... ägliche... eine Verle... verteidigt... Oberfeie... habe. Be... urteilte d... 5 Tagen... 10 P... nemig. C... ein Oberk... gebräutig... Die... liberalen... hat man... schlich der... Die... teilung: D... Partei h... nachdem... von Am... hobenen... und Schi... heider Te... seit als... abgegeb... nur von... dienen, u... und die... Geu... bei dem... wird's au... Der Verei... W. S... ter Frage... Berlin und... Vereinigung... Verein sich... ab Einrich... den Genoffe... henden des... urteilt, weil... und keine... gichtig für... schlichte bei... des Rührer... bekanntlich... und kam zu... der losabber... gehen, die... gegen mper... lernern es... straflichen W... anderes als... Deshalb sei... demokratisch... sei die Schaf... überwiegen... an Arbeiter... in so weit... allerdings... truen, daß... keims nicht... eine politisch... überlasse... gebend gelte... von Arbeiter... politische An... lösem.

wobei sie vom Oberst Penzig unterstützt wurden. Man vermuthet in Offizierskreisen, daß der Schriftsteller Loth der Verfasser des Artikels sei, und machte den Regimentskommandeur darauf aufmerksam. Am Vormittag des 5. Januar begab sich der Oberst, in Begleitung seiner Frau, auf der Straße zufällig dem Schriftsteller Loth, der mit zwei Bekannten spazieren ging. Ein vorübergehender Offizier machte dem Oberst auf den Schriftsteller Loth aufmerksam, den dieser bisher nicht kannte. Der Oberst fragte Loth zu und fragte, ob er der Schriftsteller Loth sei. Kaum hatte Loth diese Frage bejaht, als er von dem Obersten eine Ohrfeige erhielt, die bei Loth eine momentane Ohnmacht hervorrief. Als Loth sich von seiner Ueberfälligkeit erholt hatte, waren der Oberst und seine Frau bereits außer Sichtweite. In der Verhandlung des Kriegsgerichts wurde zunächst festgestellt, daß keine Offiziere des Zweibrücker Regiments an politischen Versammlungen teilgenommen hätten. Der Schriftsteller Loth, der 30 Jahre alt ist, war früher Herausgeber der Zeitschrift Die Vaterland in Zweibrücken. Er gab auf die Frage des Vorsitzenden, ob er die betreffenden Artikel verfaßt oder an ihrer Abfassung mitgewirkt habe, die Antwort, daß er jede Aussage verweigern müsse. Der amtliche Sachverständige erklärte vor Gericht, daß von dem Schlag eine Verletzung des Gehörs nicht zurückgeblieben sei. Der Oberst vertheidigte sich in längerer Rede und sagte zum Schluß, daß der Oberste am rechten Platz gewesen sei, und daß er sich nicht anders habe helfen können. Das Kriegsgericht der dritten Division verurtheilte den Obersten wegen einfacher Körperverletzung im Zusammenhang mit tätlicher Weibung zu 50 Mark Strafe oder 6 Monaten Gefängnis.

50 Mark für eine Ohrfeige, das ist allerdings außerordentlich wenig. Ob die Strafe ebenso milde ausgefallen wäre, wenn nicht ein Oberst einen Journalisten, sondern ein Journalist einen Obersten geohrfeigt hätte!

Nationalliberale Ausöhnung.

Nachdem eine Zeitlang die Herren von der national-liberalen Partei recht heftig aufeinander losgeschlagen haben, hat man jetzt der Abwechslung halber einen kleinen Friedensschluß veranlaßt.

Die Nationalliberale Korrespondenz macht folgende Mitteilung:

Der Geschäftsführende Ausschuss der Nationalliberalen Partei hat mit Befriedigung davon Kenntnis genommen: 1. daß, nachdem Herr Geheimrat Budewig sich von der Unhaltbarkeit der von ihm gegen Herrn Oberverwaltungsgerichtsrat Schiffer erhobenen Vorwürfe überzeugt hat, die zwischen den Herren Budewig und Schiffer schwebende Streitfrage durch beiderseitige Erklärungen beider Teile beigelegt ist, und betrachtet damit dieselbe auch seinerseits als erledigt; 2. daß nach den Erklärungen, die Herr Budewig abgegeben hat, seine Zweifel darüber bestehen, daß sein Vorgehen vor dem Bundesrat eingeleitet war, dem Wohl der Partei zu dienen, und daß ihm besonders ein Angriff auf Herrn Bassermann und die Parteileitung völlig ferngelegen hat.

Heute schlagen und morgen wieder vertragen! So ist's bei den nationalliberalen Herrschaften immer gewesen und so wird's auch bleiben.

Der Verein „Arbeiter-Jugendheim für Berlin und Umgegend“ ein politischer Verein.

W. Das Kammergericht hatte sich am 7. Februar mit der Frage zu beschäftigen, ob der Verein „Arbeiter-Jugend für Berlin und Umgegend“ ein politischer Verein sei, nachdem die Verfassung des Landgerichts, diese Frage bejaht hatte, obwohl der Verein sich lediglich mit dem Sammeln von Geldern zur Errichtung und Einrichtung von Jugendheimen befaßt. Das Landgericht hatte den Genossen Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld als dem Vorsitzenden des Vereins wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes verurteilt, weil er der Polizei kein Verzeichnis der Vorstandsmitglieder und keine Satzungen eingereicht habe, wie es § 3 des Vereinsgesetzes für politische Vereine vorschreibt. Das Landgericht berückichtigte bei seinem Urteil nämlich die Verhandlungen und Beschlüsse des Münchberger sozialdemokratischen Parteitag und Beschlüsse, wo bekanntlich auch der Gründung von Jugendheimen gedacht wurde, und kam zu folgenden Schluß: Durch die Jugendheime würden der sozialdemokratischen Partei nur weitere Mittel an die Hand gegeben, die Jugend in ihrem Sinne zu leiten. Wozu die Jugend erzogen werden solle, sei keineswegs eine allgemeine Weltanschauung, sondern es seien ausschließlich die Anschauungen der sozialdemokratischen Partei als solcher. Die Jugendheime seien daher nichts anderes als Instrumente und Waffen im Kampfe der Sozialdemokratie. Deshalb seien Vereine, die Jugendheime ins Leben rufen, sozialdemokratische Vereine und damit politische Vereine. Durch die Partei sei die Schaffung von Jugendheimen allerdings den Jugendauschüssen überlassen. Wenn sie nun, wie in Berlin, ein Verein die Schaffung von Arbeiter-Jugendheimen zur Aufgabe mache, dann trete er eben insofern an Stelle des Jugendauschusses, den es in Berlin allerdings auch gebe. Angeklagter könne sich auch nicht darauf berufen, daß der Verein sich nach Errichtung eines Arbeiter-Jugendheims nicht mehr darum bekümmere. Es wolle auch politisch, mit einer politischen Aufgabe auch nur teilweise läßt und sie dann anderen überlasse. — Genosse Rosenfeld legte Revision ein und machte einwendend geltend, daß ein Verein, der lediglich Gelder zur Schaffung von Arbeiter-Jugendheimen sammle, unzulässig als Verein, der auf politische Angelegenheiten einzuwirken begehre, angesehen werden könne.

Das Kammergericht verwarf jedoch die Revision mit folgender Begründung: Es sei vom Landgericht festgestellt worden, daß der Verein die Funktionen eines Arbeiter-Jugendauschusses im Sinne der Parteibeschlüsse wenigstens teilweise übernommen habe und daß er bezwecke, durch sein Wirken die Ziele der Sozialdemokratie zu fördern. Das sei aber eine Förderung von politischen Interessen und eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten. Die Revision sei darum unbegründet.

Das Jugendgerichtsgesetz in der Reichstagskommission.

Den Beschlüssen der Kommission: Heraufsetzung des Strafmündigkeitsalters auf 14 Jahre, bedingte Verurteilung und Rehabilitation, hat bereits früher die Reichsregierung ihr Unannehmbar entgegengezeigt. In der letzten Sitzung (Freitag) nahm Staatssekretär Dr. Visco zu Beginn der Verhandlungen noch einmal Gelegenheit, diese ablehnende Haltung — wenigstens bezüglich des zweiten und dritten Beschlusses — nochmals vor verbündeten Regierungen auf das entschiedenste zu betonen. Alle weitere Arbeit werde zwecklos sein, wenn die Kommission bei diesen Beschlüssen verharrte. Auch die Heraufsetzung des Strafmündigkeitsalters sei bei den Regierungen schwersten Bedenken begegnet, doch sei dieser Punkt für die Fassung der Reichsjustizverwaltung zunächst nicht der entscheidende. — Dem Wunsch des Staatssekretärs, daß die Kommission ihre Beschlüsse noch revidieren werde, begegnete Genosse Stabitzagen unter Beifall der Kommission mit der Erklärung, daß die Sozialdemokraten vorläufig noch auf eine bessere Fassung des Regierungsentwurfes, während Reher's Verlesch (natl.) mit bereitwilligem Eifer den Umfall seiner Reaktionsgenossen in Aussicht stellte. § 1 des Gesetzes wurde angenommen.

Bei § 2, in dessen Beratung sodann eingetreten wurde, brachte sich die Debatte zunächst um die von sozialdemokratischer und fortschrittlicher Seite beantragte obligatorische

Einführung der Jugendgerichte. Die Regierung widerspricht dem Obligatorium lebhaft.

Keine politische Nachrichten. Geheimrat Haas, Generalanwalt des Reichverbandes deutscher landwirtschaftlicher Genossenschaften, früherer erster Präsident der zweiten Reichskammer und langjähriges Mitglied des Reichstages, ist in Darmstadt gestorben. — Das französisch-englische Abkommen über die Verwaltung der Stadt Tanger ist nunmehr fertiggestellt und harret der Unterzeichnung. — Der Aufklärungsbericht der mongolischen Regierung hat festgestellt, daß die chinesische Regierung jetzt für einen Krieg gegen die Mongolei über 40 000 Mann jeder Waffengattung verfügt, die an den Grenzgebieten zusammengezogen sind.

Ausland.

Rußland.

Rußland und China.

Petersburg, 7. Februar. Die Gerichte über einen unerwünschten Konflikt zwischen Rußland und China wachsen immer mehr an. Im engen Zusammenhang hiermit steht die wesentliche Veränderung der Verträge im Handel zwischen diesen beiden Staaten. Die gleiche Tatsache ist im gesamten Transbaikalgebiete zu beobachten.

Petersburg, 7. Februar. Wie aus Peking gemeldet wird, ordnete der chinesische Regierminister eine militärische Verstärkung an der mongolischen Grenze durch Entsendung der ersten Division an.

Mexiko.

Wiedermal Revolution.

Mexiko, 9. Februar. Eine Armerrevolution ist ausgebrochen. Die Truppen haben den Nationalpalast und die wichtigsten öffentlichen Gebäude besetzt und patrouillieren in den Straßen.

Mexiko, 9. Februar. Nach längeren Straßenkämpfen hat die Regierung teilweise wieder die Oberhand gewonnen. Bis jetzt dürften etwa 150 Mann getötet sein. Präsident Madero befehligte zeitweise persönlich die ihm ergebenden Truppen. Der größte Teil der Armer scheint der Regierung treu geblieben zu sein. Die Regierung hat wieder von dem Nationalpalast Besitz ergriffen. Die Insurgenten setzten Freitag und General Hernandez Reyes in Freiheit.

China.

Garnisonentree.

Charbin, 8. Februar. In der Stadt Jangtschjan, nahe der sibirischen Grenze, ist eine Meuterei unter der Garnison ausgebrochen. Oberst Wan wurde getötet, die Stadt geplündert. Die Behörden haben im russischen und japanischen Konsulat Schutz gesucht.

Volkswirtschaft.

Ein seltsamer Schiffsahrtkrieg.

k. Von Schiffsahrtkriegen pflegt man zu sprechen, wenn Schiffsahrtgesellschaften einen organisierten Konkurrenzkampf gegen einander führen und dabei die schärfste Form des Wettbewerb, die Unterbietung der Schiffsahrtbraten, anwenden. Seit einer Reihe von Jahren sind ernste Schiffsahrtkämpfe nicht mehr zu verzeichnen gewesen, auf fast allen wichtigen Linien traten an Stelle der früheren Konkurrenz internationale Kartelle, die die Beteiligung der einzelnen Gesellschaften an dem Verkehr festlegten und zu diesem Zweck das System der Konzentrierung und eines gewissen Gewinnausgleiches vorschrieben.

Nun ist in der letzten Zeit viel über den Ausbruch eines Schiffsahrtkrieges zwischen dem Nordatlantischen Dampferlinien-Verband und der Kanadischen Eisenbahngesellschaft telegraphiert und geschrieben worden. Der Nordatlantische Dampferlinien-Verband zählt zu den bedeutendsten Schiffsahrtartikeln, er ist 1908 zustande gekommen und 1911 vergrößert worden. Diesem Verbande gehören an: die Hamburg-Amerika-Linie und der Norddeutsche Lloyd, die Allan Line, America Line, Anchor Line, Atlantic Transport Line, Cunard Line, Dominion Line, Red Star Line, White Star Line, Lapland Line, die Holland-America Line, die Compagnie Generale Transatlantique, die skandinavische Amerika-Linie und die russische Ostasiatische Dampfschiffsahrtgesellschaft. Ferner standen die Schiffsahrtgesellschaften der Kanadischen Eisenbahn in Beziehungen zu dem Verbande, ohne ihm direkt anzugehören. Das Sonderabkommen erstreckte sich im wesentlichen auf die Einhaltung der festgelegten Schiffsahrtbraten und war nur bis Ablauf des Jahres 1912 geschlossen worden, während der Nordatlantische Dampferlinien-Verband 1911 eine Verlängerung auf fünf Jahre erfahren hat. Zwischen dem Verbande und der Kanadischen Bahn ist eine Verständigung nicht erzielt worden, die Differenzen entstanden durch die Errichtung einer direkten Linie Triest-Kanada, die der Kanadischen Eisenbahngesellschaft von der österreichischen Regierung konfessioniert worden ist. Darauf trat auch die Allan Line, deren Aktienmehrheit sich im Besitze der Kanadischen Eisenbahngesellschaft befindet, von den Vereinbarungen des Nordatlantischen Dampferlinien-Verbandes zurück.

Selbst ist, daß die ursprünglich angeführten Tarife Kämpfe sich recht einseitig gestaltet, zunächst haben alle die Linien der Kanadischen Eisenbahngesellschaft die Tarife herabgesetzt, die Direktion der Austro-Americana, an der auch die großen deutschen Schiffsahrtgesellschaften interessiert sind, läßt mitteilen, daß die Gesellschaft, um die Auswanderung nach Kanada nicht künstlich zu steigern, von einem Kartellkampf absteht, obwohl ihr die Nachricht zugegangen ist, daß die Canadian Pacific-Gesellschaft den Ueberfahrtspreis von Triest nach Kanada auf 140 Kronen herabgesetzt hat. Sie bestimmt als Ueberfahrtspreis von Triest nach Kanada die Normalrate von 165 Kronen.

Von der Austro-Americana wird gegen die neue Linie der Kanadischen Eisenbahngesellschaft ab Triest eine Konkurrenzlinie geschaffen, auch auf anderen Linien nach Kanada dürfte sich ein stärkerer Wettbewerb entwickeln. Aber all das wird am Ende die Kanadische Eisenbahngesellschaft nicht treffen, es dürfte von ihr eher als geschäftsvördernd empfunden werden. Was die Schiffsahrtgesellschaften der Kanadischen Bahn von den Konkurrenzunternehmen unterscheidet, ist, daß der Schiffsahrtbetrieb für sie nur ein Nebengeschäft ist, das sehr lukrativ sein kann, auch wenn es direkt keinen Gewinn erbringt. Es handelt sich für die Kanadische Bahn bei dem ganzen Schiffsahrtgeschäft darum, möglichst viel Einwanderer heranzuziehen, die als Käufer und Anbieter für die Kistenfreier Landes an den Seiten der Bahn in Frage kommen. Steigt die Zahl der Kanadischen Einwanderer, so erhöht sich der Nutzen der Bahn bedeutend, auch wenn sie den Preis für das Aus-

wandererbillert um 30 Kr. ermäßigen würde und ihre Schiffsahrtgesellschaften mit Betriebsverlust abschließen. Unter Umständen kann ihr gar nichts Geringeres geschehen, als wenn die Konkurrenzgesellschaften die Tarife sehr stark herabsetzen, die Gesellschaften würden dann ihre Kosten für die Fehung der Kanadischen Einwanderung und damit für die Interessen der Kanadischen Bahn tätiger sein. An diese Wirkung einer Tarifermäßigung für die Fahrt nach Kanada dachte denn auch die Austro-Americana, als sie die erwähnte Erklärung über ihren Verzicht auf Kartellkämpfe erteilte.

Neues aus aller Welt.

Fliegerabsturz in die Gabel.

Berlin, 9. Februar. Der Flieger Sablatnik, der mit Kapitänleutnant Petram als Passagier auf einem Doppeldecker eine Schiffsahrt infolge Bruches des linken Propellers ins Wasser Arbeiter stürzte, ist sofort zur Unfallstelle, und ihren bereiteten Vermählungen gelang es, die beiden Flieger zu retten. Kapitänleutnant Petram erlitt einen Nervenschlag, während Sablatnik einen Armschlag erlitt und mehrere Kopfverletzungen davontrug.

Ein neuer Fliegersturz.

München, 1. Feb. 9. Februar. Der Flieger Keller, der in den letzten Wochen bereits vier Weltflugversuche unternommen hat, hat heute mittag auf dem Hohenheimer Flugplatz einen weiteren fünften Weltflug ausgeführt. Keller stieg auf Kattinndoppeldecker mit fünf Passagieren, Gesamtgewicht 400 Kilogramm, ohne Betriebsstoff, eine Stunde zehn Minuten sechzehn Schlingen und schlug damit den bisherigen Weltrekord.

Raubmord.

Leipzig, 9. Februar. In der Ortschaft Koblanka drangen nachts Räuber in das Gasthaus des Gastwirts Holländer, ermordeten den Wirt, vergewaltigten seine Frau und raubten die Wohnung vollständig aus. Von den Tätern konnte bisher noch keine Spur gefunden werden.

Ein Opfer der Alpen.

Köln, 9. Februar. Fünf Studenten versuchten den Monte Diavola in den Westlichen Alpen zu bestiegen, als sich Gletscher auf denen sie standen, lösten und talwärts zu rollen begannen. Der Führer der Expedition konnte sich noch rechtzeitig an einer Felsplatte anklammern und so drei Genossen retten, die angefaßt waren. Unglücklicherweise riss ein Stein, an dem der Student Eberle angeklammert war. Der junge Mann stürzte in einen 1000 Meter tiefen Abgrund. Die Leiche konnte bisher nicht geborgen werden.

Feuerschreck.

Köln, 9. Februar. Seit 24 Stunden brennen die Decks der Russischen Gesellschaft für Dampfschiffsahrt und Handel. Außerordentlich starke Explosionen vergrößern die Gefahr. Der angerichtete Schaden ist sehr erheblich.

Ein Güterzug in Flammen.

Großfurt, 9. Februar. Auf der Steigung zwischen den Bahnhöfen Sichelwieselsdorf und Katzbach ist ein Güterzug in zwei Teile zerfallen. Vierzig mit Kohle gefüllte Waggons rollen zurück. Sie sausten mit furchtbarer Geschwindigkeit an der ersten Station vorbei und rannten auf einen anderen Güterzug auf, an dessen Lokomotive die Kohle in großen Mengen sich entzündete. In dem riesigen Feuer kamen zwei Zugbrücken um.

Prognose der nächsten Landbewässerung

für den 11. Februar.

Wahig; aufheiternd; nachts kälter (Frost); trocken. Wetterlage: Die heutige Karte zeigt ein kräftiges Hoch über dem Festlande, während tiefer Druck im Nordwesten und Nordosten des Erdteils lagert. Die Ausbildung eines zentralen Hochs, das auch Mitteldeutschland umfaßt, steht in Aussicht. Die infolge lokaler Unehelheiten in der Truderverteilung webenden Westwinde haben Erholung und vereinzelt auch Niederdruck gebildet. Unter der Wirkung eines zentralen Hochs wird volle Aufheiterung und zunächst nur nachts starke Abkühlung eintreten.

Wetterbericht von der Wetterstunde am Friedrich-August-Platz

vom 10. Februar, mittags 12 Uhr.
Barometer 755. Beständig.
Thermometer + 7° R.
Thermometergarage: Min. - 4°, Max. + 7°.
Chromometer 71 %
Wasserstand + 18 Zentimeter.

Letzte Telegramme.

Neue Friedensverhandlungen?

Konstantinopel, 10. Februar. Wie verlautet, werden infolge russischer Intervention demnächst in Bukarest direkte Friedensverhandlungen zwischen der Türkei und Bulgarien eingeleitet werden. Als türkischer Delegierter ist der frühere Großwesir Dahi Pascha in Aussicht genommen. Einer der bulgarischen Delegierten wird der bulgarische Gesandte in Bukarest sein.

Die Kämpfe in Mexiko.

Mexiko, 10. Februar. Nach den letzten Telegrammen hält sich Präsident Madero mit den Kabinettsmitgliedern noch im Nationalpalast auf, um den sich die blutigen Kämpfe abspielen. Unter dem Vertretenden befindet sich auch der Kriegsminister, General G. Diaz. Zwei Hauptkämpfe und drei Partisanen sind im Coastguard-Palast tödlich verwickelt worden. Nach einer anderen Meldung sollen sie von ihren eigenen Soldaten getötet worden sein, weil sie versuchten, diese von einer Vereinigung mit den Rebellen abzuhalten. Diaz hat erst nach heftigen Widerstande das Arsenal einnehmen können. Auch aus anderen Orten werden Revolutionsausfälle gemeldet. Später ging die Artillerie und der größte Teil der Truppen zu Diaz über, der jetzt der Situation zu sein scheint.

Kiew, 10. Februar. Die Russischen haben sich der ganzen Stadt bemächtigt. Sie schießen jeden nieder, der sich ihnen entgegenstellt. Die Revolutionäre führen ein Schreckensregime. Die Wägener und alle wohlhabenden Persönlichkeiten sind aus der Stadt ausjagt vor Koffaken geschützt. Der Oberst Diaz, ein Bruder des früheren Präsidenten Diaz, steht an der Spitze der Bewegung.

Ein unmenschlicher Vater.

Berlin, 10. Februar. Ein unmenschlicher Vater, der seine beiden Kinder erstickt und verbrannt hat, wurde gestern von der Kriminalpolizei in der Person des 22 Jahre alten Schlossers Gerhard Wärmwald aus der Urbenstraße verhaftet. Die Frau des Verhafteten, die Mutter der Kinder, eine 22 Jahre alte Köchlerin Elsa Schreiber, war gleichfalls verhaftet worden, wurde aber wieder auf freien Fuß gesetzt. Wärmwald gestand die beiden Verbrechen ein. Im Ofen der Stube, in dem die kleinen Leichen verbrannt wurden, fand man noch einige Knochenreste des zuletzt verbrannten Kindes.

Das heutige Blatt umfaßt 12 Seiten.

Deutscher Holzarbeiterverband

Zahlstelle Dresden.

Alle in Bau- und Möbel-Tischlereien Beschäftigten!

Donnerstag den 13. Februar, abends 6 1/2 Uhr, im Kristallpalast, Schäferstraße 45

Versammlung

Tages-Ordnung:

Bericht über die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband und Beschlussfassung über den gefällten Schiedsspruch.

Sämtliche in Bau- und Möbeltischlereien beschäftigten Tischler, Wäfer, Anschläger, Polierer, Maschinenarbeiter, Drechsler und Hilfsarbeiter sind verpflichtet, in dieser Versammlung zu erscheinen. Mitgliedsbücher sind zur Kontrolle vorzulegen.

Die für Mittwoch den 12. Februar angelegte Anschläger-Versammlung fällt wegen obiger Versammlung aus.

Radeberg

Das Programm der Sozialdemokratie

Diensstag, 11. Februar, beginnt der Vortragszyklus über Das Programm der Sozialdemokratie. Vortragender: Genosse E. Braune. Die Vorträge mit anschließender Aussprache werden 4 bis 6 Abende in Anspruch nehmen, und zwar jeden Dienstag, abends 8 Uhr, im Restaurant Deutsche Elche.

Verein Volksgesundheit

Mitglied des Verbandes der Vereine für Volksgesundheit. Mittwoch den 12. Februar, abends 6 1/2 Uhr, im Gasthof Pieschen Vortrag

Über Magen-, Darm- und Leberkrankheiten, deren Ursachen, Verhütung und naturgemäße Behandlung. Vortragender: Naturheilkundiger Herr M. A. Dreher. Eintritt frei.

Mittwoch (Vortrag) den 12. Februar, abends 6 Uhr, im Gerichtshaus: Vortrag des Herrn Wolf, Deuben, über: Das Geschick des Bergbauwesens. Gegenwart und Zukunft.

Musikfreunde.

Das neugegründete Dresdner Arbeiter-Orchester veranstaltet Dienstag den 11. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 8 und 7, einen Vortrag über: Der Wert der Orchestermusik für die Arbeiterschaft. Alle musizierenden Parteigenossen und -genossinnen werden aufgefordert, zu dieser Veranstaltung zu erscheinen.

Bekanntmachung.

Den geehrten Mitgliedern des Konsumvereins für Striesen und Umg. in Liq. zur Kenntnisnahme, daß Mittwoch den 12. Februar unser Kontor, Schlüterstraße 48, geschlossen wird.

Alle Sparkasten- und Mitglieder-Angelegenheiten sind von Donnerstag den 13. Februar an im Kontor des Konsumvereins Vorwärts, Rosenstr. 99, zu erledigen.

Konsumverein für Striesen und Umg.

Verlag Raden & Comp. Dresden, Zwingerstraße 12/13

Abhandlungen und Vorträge

zur sozialistischen Bildung Herausgegeben von Max Grünwald

Soeben erschienen: Heft 7: Teuerung, Warenpreise und Goldproduktion

Von J. Karoll. 64 Seiten 8^o - Preis 20 Pf.

Freie Turnerschaft Potschappel (e. V.) Dienstag den 11. Februar abends 8 1/2 Uhr Monatsversammlung im Goldenen Löwen.

Naturheilverein im Pl. Grunde Mitglied des Verbandes der Vereine für Volksgesundheit. Dienstag den 11. Februar abends 8 1/2 Uhr im Gasthof zum Sächt. Wolf Vortrag

des Herrn Heilmündigen Vogel-sang, Glauhaus, über: Die Massage, ihre Wirkung und Anwendung bei den verschiedensten Krankheiten.

Für Gäste 25 Pf. Eintritt. Der für den 22. Februar angelegte Kamillenabend fällt aus.

Naturheilverein Radeberg u. U. Mittwoch den 12. Februar im Schützenhaus Frauen-Fastnacht

Anfang 4 Uhr. Einzelprogramm. Der Vorstand. Dienstag Herren-Dampfabend. Donnerstag Damen-Dampfabend.

Gasthof Leuben Donnerstag den 13. Februar Ge. Opere-Vorstellung. Direktion: H. Richard

Das Glöckchen des Eremiten Romische Oper in drei Akten. Einlaß 7 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr. Ende gegen 11 Uhr. Es ladet freundlich ein Die Direktion.

Schreibtische in feinstem Ausführung Gold- Silber- Nickel- Tränkner's Möbelhaus Söblicher Straße 21/23.

Sie sparen die Hälfte, wenn Sie herrschaftlich wenig getragene Kleider kaufen. Ausgabe von 7-25 Pf. Heber-scher und Mitter von 6-25 Pf. Koppen 3-8 Pf. Gofen 2-6 Pf. Kleider 2-5 Pf. Schafst. 4-6 Pf. Nur Gr. Brüderg. 11, II. Eingang Querstraße. Laden v. auswärts Fabrik vergünst.

Hygien. Frauenartikel Frau Heusinger Am Zeil 37 Ecke Fiboldstraße 11/12

Wir empfehlen: Neu erschienen: Singers neuer vollst. Taschen-Atlas mit 88 Haupt- u. 18 Nebentafeln. Preis 1.30 Pf.

Prof. Dr. Korn Der menschliche Körper (Anatomie) mit 88 zum Teil farbigen Abbildungen. Preis 1.- Pf.

Su beziehen durch die Volks-Buchhandlung Hochmod. Filzschuhe, neu, 46 Pf. Kuchenschuh 18 Pf. Febr. 1913. Schlaffelle freundlich u. sonnig zu beziehen Dr.-Ordin. Zettinerstr. 14, I. Pf.

ARTIKEL DER HYGIENE in Form von Lebkuchen, Glykos, in Form von Eigelb, Speise, etc. in Form von Lebkuchen, Glykos, in Form von Eigelb, Speise, etc.

VERSANDHAUS PARIS DRESDEN

Sohlenleder, Ausschnitt Schuhmacher-Werkzeuge u. Bedarfsartikel Leisten, größte Auswahl, neueste Formen, Gummi-Abdrücke, Genauigkeit und Schönheit.

Rudolf Kobitzsch, Gr. Zwingerstr. 17 gegenüb. Volkshaus.

Strumpfwaren- u. Trikotagen-Fabrikation Paul Krause Dresden. Detail-Geschäfte: Gerokstrasse 54

Bautzner Strasse 23 Annenstrasse Ecke Flemingstraße. Größtes Spezialunternehmen Dresdens. Direkter Verkauf an Privats.

Uhren reinigen 1 M. Feder 75 Pf. H. Löffler 50 Wettinerstrasse 50.

Das beste und billigste Ba. Oberlaufener Tafelobst liegt jedes Kilogr. 5 Pf. billiger. Markthalle Antonplatz Stand 282/83 Ernst Kiese, Köpplitzer.

Lege-Hühner 1912er Frühbrut, gute Einleger, in beliebiger Farbe, 12 Hühner u. 1 Hahn 20 Pf., 6 Hühner u. 1 Hahn 17 Pf. Neumann, Zettinerstr. 56.

Hygien. Frauenartikel Frau Heusinger Am Zeil 37 Ecke Fiboldstraße 11/12

Wir empfehlen: Neu erschienen: Singers neuer vollst. Taschen-Atlas mit 88 Haupt- u. 18 Nebentafeln. Preis 1.30 Pf.

Prof. Dr. Korn Der menschliche Körper (Anatomie) mit 88 zum Teil farbigen Abbildungen. Preis 1.- Pf.

Su beziehen durch die Volks-Buchhandlung Hochmod. Filzschuhe, neu, 46 Pf. Kuchenschuh 18 Pf. Febr. 1913. Schlaffelle freundlich u. sonnig zu beziehen Dr.-Ordin. Zettinerstr. 14, I. Pf.

ARTIKEL DER HYGIENE in Form von Lebkuchen, Glykos, in Form von Eigelb, Speise, etc. in Form von Lebkuchen, Glykos, in Form von Eigelb, Speise, etc.

VERSANDHAUS PARIS DRESDEN

Sohlenleder, Ausschnitt Schuhmacher-Werkzeuge u. Bedarfsartikel Leisten, größte Auswahl, neueste Formen, Gummi-Abdrücke, Genauigkeit und Schönheit.

Rudolf Kobitzsch, Gr. Zwingerstr. 17 gegenüb. Volkshaus.

Sarrasani

Telephon 17 818 und 17 700. Allabendlich 7 1/2 Uhr

der Circus der unbegrenzten Möglichkeiten

Der Affe als Aviatiker Morton der Ausbrecher-König Saxon-Trio, die lebende Brücke

Dazu das neue, unvergleichliche Sarrasani-Programm Bestellen Sie die Billetts telephonisch Nr. 17 760 u. 17 812. Vorverkauf: An der Circuskasse im Warenhaus H. Herzfeld In sämtlichen Zigarrengeschäften von L. Wolf.

Achtung! Vereine! Der 1. Osterfeiertag ist noch frei! Ballsaal zu den Linden, Cotta.

Erstes E Kulmbacher

Möbel Genossen Hildebrand. Eigene Tischlereiwerkstätten.

Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung. Neue Zeit. Freie Stunden. Wahren Jakob ufm. sowie auf Inserate und Druck-sachen nimmt entgegen

Otto Bauer, Deuben, Kreuzstraße 1.

Striesen, Gruna, Seidnitz u. Blasewitz!

Richard Weinocke, Gruna, Koffermundstraße 5a, III. Mario Strohe, Striesen, Wittenberger Straße 27, 28. F. Schleichold, Striesen, Zinnwalder Straße 4, 8.

Hohen Nebenverdienst

Strohhatmaschinen-Näherinnen auf Litzow gebt. Sucht sofort

Walter Trobitzsch, Pillnitzer Strasse 49.

Zurückgeführt vom Grabe unserer viel zu früh von uns geschiedenen Tochter, Schwester, Nichte und Braut Emma Martha Eisold, lagen wir allen unseren herzlichsten innigen Dank. Besonders Dank der Firma und dem Personal Kiesel u. Engelmann für den schönen Blumenschmuck, welchen wir den Kollegen des Gastwerks Röhren für den herrlichen Blumenschmuck und das freiwillige Tragen zur letzten Ruhe sowie allen Verwandten, Freunden, Bekannten und Hausbewohnern für die vielen und schönen Blumen. Dank auch Herrn Walter Strobel für die tröstlichen Worte. Allen allen herzlichsten innigen Dank für die Blumenschmucke. Alwin Eisold, Vater Emma's und Erbk. Karl Strobel.

Da wahr so gut, da wahr so schön, Wer dich gekannt, vergißt dich nie!

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, Dresden-Albstadt. Verantwortlich für den Inseratenteil: Reinhold Giesler, Dresden. Druck und Verlag: Raden & Comp., Dresden.

1901 1906 1911

Dies die 30-jährige Jubiläum der Dresdner Volkszeitung. Der 24. Jahrgang beginnt mit dem 1. Februar 1913.

1901 1906 1911

Dies die 30-jährige Jubiläum der Dresdner Volkszeitung. Der 24. Jahrgang beginnt mit dem 1. Februar 1913.

1901 1906 1911

Dies die 30-jährige Jubiläum der Dresdner Volkszeitung. Der 24. Jahrgang beginnt mit dem 1. Februar 1913.

1901 1906 1911

Dies die 30-jährige Jubiläum der Dresdner Volkszeitung. Der 24. Jahrgang beginnt mit dem 1. Februar 1913.

1901 1906 1911

Dies die 30-jährige Jubiläum der Dresdner Volkszeitung. Der 24. Jahrgang beginnt mit dem 1. Februar 1913.

1901 1906 1911

Dies die 30-jährige Jubiläum der Dresdner Volkszeitung. Der 24. Jahrgang beginnt mit dem 1. Februar 1913.

Sächsische Angelegenheiten.

Die bankrotte Reformpartei.

Am Sonntag hielt in Dresden der sogenannte Landesverein der Deutschen Reformpartei eine Sitzung ab, die aus verschiedenen Teilen des Landes von Vertrauensmännern zahlreich besucht gewesen sein soll. Einen großen Raum werden die antisemitischen Herren zu ihrer Tagung aber um benützt haben. Denn es wird nicht schwierig sein, den gesamten Mitgliederbestand des Landesvereins in einem mittelgroßen Saale unterzubringen. In den meisten Orten existieren offenbar außer den Vertrauensmännern Mitglieder überhaupt nicht mehr. Wie traurig es mit den Reformern in Sachsen bestellt ist, wie rapid der Krebsgang bei ihnen eingesezt hat, hat sich besonders bei der letzten Reichstagswahl im Kreise Schöpsau-Marienberg, gezeigt. Dort vorher war der Kreis noch von einem Reformen im Reichstags vertreten worden. Auch bei der letzten Wahl stellten die Antikemiten einen Kandidaten auf. Der legte aber bald wieder nieder, weil er keinerlei Unterstützung fand und seinem Eingangsrisiko nach im ganzen Kreise keine Spur antisemitischer Organisation mehr vorhanden war.

Auf ihrer gestrigen Tagung gaben sich die Herren auch eine Richtung darüber hin, daß sie eigentlich vor dem Zusammenbruch der Reformpartei in Sachsen ständen. Die neue Leitung scheint einmal etwas Umschau gehalten zu haben, was an traurigen Resten von der ehemaligen Reformpartei noch übrig ist. Die Inventur muß ein vernichtendes Ergebnis gehabt haben. Zwar gab man das nicht offen zu, aber man sprach vom Verlegen der alten Taktik, vom Mangel an Disziplin, von der Notwendigkeit einer Programmänderung, von der Forderung der Vorführung Kaufmann Jäger auf die Spitze der neunziger Jahre zurück, die einer Welle gleich im Lande verlaufen sei. Aus Mangel einer inneren Organisation und eines zielbewußten Führers habe sich die Partei nicht weiter entwickeln können. Armer Jäger! Er war ja der Führer. Und jetzt ruft man ihn ins Grab nach, bis selbst eigentlich daran schuld. Lächerlich ist es aber als die Leute den ehemaligen Erfolgsgeschichte, würde man sicher von Grabhügel reden.

Man hielt sich bei den Mängeln der Organisation und der Führerschaft nicht lange auf, denn man hatte noch ein anderes aufzuweisen. Hand man doch auch, daß sich das Programm als äußerst reparaturbedürftig erwiesen habe. Denn der Vorhänger fuhr nach einem vorliegenden Bericht in seiner Eröffnungsrede also fort: „Auch enthält das Programm der Reformpartei Leisefälle, die für die Gegenwart nicht mehr gelten und den heutigen Verhältnissen nicht entsprechen. Eine Revision des Programms ist deshalb notwendig, das Programm muß auf breiterer Grundlage ausgearbeitet werden. Es gilt hierbei, gegenüber den neuzeitlichen Forderungen die Augen offen zu haben und alle Ladenhüter aus dem Programm, die längst von der Seite des Laufs über die Erde hinausgenommen, wegschleppen. Welsch sind wir mit diesen Forderungen Prediger in der Wüste geblieben. Die alte Sprache nach einer anderen Volkssprache zu drängen, ist gerade mehr, als die Partei besitze, ihre Taktik müßte eine neue Anhängerschaft zugeführt; deshalb muß letztere auch eine neue Taktik einschlagen. Das Jubentum der Antikemiten dahin gearbeitet, eine einflussreiche Presse zu führen, und das Volk selbst jetzt völlig im Wahn derselben. Dieser geistige Einfluß müßte nun mit denselben geistigen Tönen bestärkt werden. Die antisemitische Massenarbeit müßte man nicht mehr als Hauptfrage in den Vordergrund stellen, sondern die wirtschaftlichen und sozialen Fragen.“ Das ist nicht übel. Also an der Judenfrage hat man sich den Fingern verborgen. Man muß jetzt zugeben, daß auf dem Schwimmbel, die Juden seien allein an allem Schuld, mit ein früher urteilsunfähige Leute aufgeschachtelt, niemand mehr vernünftig. Man könnte es als kleinen Fortschritt zum Besseren betrachten, daß man das jetzt einseht. Aber die Antikemiten schickten sich selbst vollends das Maßgrat, wenn sie die Antikemiten beiseite lassen wollen; das war ja gerade die Hauptperiode der Reformen, als mit Hepp-hepp-hurra und nachlos auf die Juden geschimpft, alle Schledrigkeiten der Welt in den antisemitischen Versammlungen auf Juden aufgeschoben wurde. Damit ist's aus. Kein vernünftiger Mensch fällt darauf mehr herein. Die Reformen sind aber nicht mehr, wenn sie jetzt annehmen, sie brauchen durch eine Programmänderung nur einen andern Führer aufzusuchen, um wieder in Wasser Wähler einfangen zu können. Wer die antisemitische Wacke einmal durchschaut hat, der hat für immer davon. Die sächsische Reformen werden auch mit dem neuen Aufzug vergeblich nach neuen Wählern ausschauen.

Daß die Herren noch nicht recht einsehen wollen, daß sie abgemittelt haben, daß sie endgültig fertig sind, nehmen sie ihnen nicht übel. Diese Selbstkenntnis ist ja die bitterste und ringt sich daher am schwersten durch. Es wird ihnen aber nicht müde, daß auch der Reichstagsabgeordnete Wetner für zweckmäßig hielt, einmal das Teil in einer Programmänderung zu suchen, und daß auch eine Kommission zu diesem Zweck eingesetzt wurde. Die Kommission, den moralischen Mangel der Reformpartei, wie sie der Vorhänger selbst bezeichnete, mit neuem Grün zu bepflanzen, wird sich sicher nicht erheben. Bleibet kommt man noch zu einem Kladderhude, und das auch nicht. Es ist ziemlich gleichgültig. Denn einen neuen Raum kann man sicher nicht dadurch zu neuem Leben erwecken, daß man ihn anders anstreicht. Sein Schicksal kann dadurch jedenfalls auch nicht aufgehoben werden. Er wird seine dürftigen und dären Wästen noch zum Himmel rufen, bis ihn der Sturm des nächsten Wahlskampfes endgültig fucht, wenn er nicht schon vorher von selbst umfällt.

Sein Jahre Volksschule.

Nach der neuen Reichsschulstatistik gab es in Sachsen 1911 200 000 Schulkinder, die sich auf 2270 Volksschulen und 182 miltäre und höhere Schulen verteilten; 771 103 oder 92 Proz. aller Kinder gehen durch die Volksschule. — Die Entwicklung der Volksschulen im Jahr 1911 bis 1911 zeigt folgendes Bild:

Jahr	Schulen	Lehrer	Schüler
1901	2278	10 404	885 771
1906	2804	12 781	778 098
1911	2870	14 015	771 103

Daß die Zahl der Schulanfänger fast dieselbe geblieben ist, erklärt sich aus der Tendenz, die Zuzugskinder durch höhere, rationellere Schulsysteme mit möglichst vielen aufsteigenden Klassen (die sächsische Volksschule ist das Ideal) abzugeben. Anlässlich der Abgang der Schülerzahl im zweiten Jahrgang um 4000, während zwischen eine Zunahme von mehr als 400 000 zu verzeichnen war. Diese Schülerabnahme hängt eng mit dem starken

sächsischen Geburtenrückgang zusammen. Für die Neueinschulung im Jahre 1906 z. B. kamen die im Jahre 1900 geborenen Kinder in Betracht, für 1911 der Jahrgang 1906. Die Geburtenzahl von 1900 betrug 158 668 Lebende, die von 1906 nur noch 143 880, also rund 15 000 weniger.

Der Gesamtaufwand für die öffentlichen Volksschulen Sachsens war von 89,5 Millionen auf 45,4 Millionen Mark, also um etwa 9 Millionen Mark gesunken. Nur etwas über ein Fünftel dieser Schulkosten wurde aus Staatsmitteln gedeckt; in der Hauptsache sind also die Gemeinden die eigentlichen Träger und Pfleger des vaterländischen Schulwesens. Welche Mühen sie durch die Ueberbürdung vieler Gemeinden mit Schulklassen erleben, davon berichtet die Statistik nichts. Dieses Kapitel ist aber von uns schon vielfach eingehend behandelt und zugleich dargelegt worden, wie nötig hier eine Reform ist, wenn die armen Gemeinden unter dem Schulaufwand nicht zusammenbrechen und ihnen nicht eine Entwidlung der Volksschulen völlig unterbunden werden soll.

Vom Kopfsteuer-Unrecht.

In Weißig bei Ramenz werden, wie die Jittauer Volkszeitung mittelt, die Gemeindefinanzen durch Grundsteuer und Kopfsteuer erhoben; im Jahre 1912 für den Kopf sechs Mark, für die Grundsteuer ein Pfennig. Nun ist ein Grundbesitzer im Orte, der nur noch ein steuerpflichtiges Familienglied im Hause hat; er zahlt also 2 x 6 = 12 M. Kopfsteuer, dazu Grundsteuer auf 250 Einheiten = 25 M., macht zusammen 37 M. Gemeindesteuern. Dagegen hat ein Gärtler, der mehrere über 14 Jahre alte Kinder besitzt, im ganzen für fünf Köpfe = 30 M. Kopfsteuer zu zahlen, außerdem Grundsteuer auf 50 Einheiten = 5 M., macht zusammen 35 M. Gemeindesteuern. Wo ist da der Unterschied zwischen den Steuerleistungen des reichen Bauern und des armen und kinderreichen Arbeiter-Gärtlers?

Mit dieser rückfälligen aller Steuern soll ja nach dem neuen Gemeindesteuergesetz bis zum 1. Januar 1913 ausgetümt werden. Aber auch vor dieser Zeit kann auf Grund des Gemeinde-, des Schul- und des Kirchensteuergesetzes die Auffichtsbehörde zur Beseitigung unerbittlicher Ungleichheit einzelner Klassen Kopfsteuern herabsetzen oder aufheben. Verhältnisse, wie wir sie oben an dem Beispiele geschildert haben, wären wohl geeignet, ein solches Einschreiten der Aufsichtsbehörden zu veranlassen.

Die Arbeiter existieren.

Die schwerere der Haushalt des Arbeiters im allgemeinen unter der Mikroskopische Verhältnisse zu leiden hat, geht aus folgendem Beispiel hervor. Ein Gemeindearbeiter in Neugersdorf hat sich, wie in der Jittauer Volkszeitung berichtet wird, im vorigen Jahre der Mühe unterzogen, einmal das ganze Jahr lang keine Einnahmen und Ausgaben genau aufzuschreiben. Das Ergebnis ist recht interessant, zeigt es doch, wie die Arbeiter leben müssen. Zu bemerken ist hierbei noch, daß es sich um ein kinderloses Ehepaar handelt. Der Mann erreichte bei 252 Arbeitstagen einen Verdienst von 716,52 M. Das ergibt für den einzelnen Tag im Durchschnitt 2,84 M. An 30 Tagen war der Mann arbeitslos. Die Jahresausgaben betrugen für Miete 72 M., für Lebensmittel 682,56 M., für Kleidung und Schuhe 158,85 M., für Heizung und Beleuchtung 33,44 M., für Krankenkassen- und Invalidenbeiträge 29,38 M., für Steuern 8,62 M., für Feuerversicherung 9,20 M., für Verbandsbeiträge 19,00 M., für sonstige Ausgaben 204,15 M., zusammen also 1212,80 M. Witzig ergibt sich zwischen dem Verdienst des Mannes und den Ausgaben der Familie ein Defizit von 496,28 M. Dieses zu decken war nur möglich, weil die Frau mitarbeitete. Glücklicherweise war hierzu die Frau in der Lage, da ja keine Kinder da sind. Wie mag es aber dort aussehen, wo eine zahlreiche Kinderfamilie vorhanden ist?

Mehr Eisenbahnen.

Die Beamtenstellen bei der sächsischen Staatsbahnverwaltung haben sich nach der Beschaffung der Ständerversammlung im Jahr 1912/13 von 16 495 auf 17 371 erhöht. Es ist demnach eine Vermehrung um 876 Beamtenstellen eingetreten. Für die mittleren und unteren Beamten sind an neuen Stellen geschaffen worden: 11 Bahnhofsleiter, 162 Bahn- und Zugführer, 169 Eisenbahnassistenten und Stationsvorwärtler, 198 Eisenbahnführer und Stationsassistenten, 51 Feuerwärter 2. Klasse, 69 Lokomotivführer, 40 Oberbahnarbeiter, 21 Schirer- und Bahnenmeister, 32 Stationsassistenten, 55 Weichenwärter 1. Klasse und 12 Werkführer. Aus Anlaß dieser Stellenvermehrung konnten 609 Arbeiter als Beamte eingestellt werden, ganz abgesehen von einer Anzahl anderer bisher unbefetzter Stellen, die nunmehr aber wieder besetzt werden sind.

Die Öffnung der Grenzen.

berlangt in ihrem Jahresbericht die Fleischzerrennung zu Leipzig. Der Geschäftsgang im Jahre 1912 sei wegen der bestehenden Viehverzehrung und den daraus sich ergebenden hohen Fleischpreisen sehr herabgedrückt gewesen. Die verschiedenen Mittel, der bestehenden Verzehrung zu begegnen, hätten keinen Erfolg gebracht. Auch durch die von den Stadtverwaltungen — so auch von Leipzig — eingeführten Transporte ausländischen Rind- und Schweinefleisches sei es nicht gelungen, die hohen Fleischpreise wieder auf einen normalen Stand zu bringen. Ein wirklicher Erfolg in der Bekämpfung der Fleischverzehrung sei nur dann zu erzielen, wenn sich die Regierung bereit finden ließe, unter Vereinfachung aller Schwierigkeiten die Grenzen zu öffnen und lebendes Vieh einzuführen. Die preussisch-deutsche Zollerregierung wird sich natürlich hüten, dieser Forderung nachzukommen, selbst wenn sämtliche Fleischzerrennungen zu der Erkenntnis kämen wie die Leipziger. Lediglich entkommt diese „Erkenntnis“ der Leipziger Fleischmeister auch nur ihrem eigenen Geldbeutelinteresse, nicht etwa einer tieferen sozialen Einsicht.

Jittau. Die Stadtverordneten nahmen eine Ratsvorlage für Errichtung eines städtischen Wohnungsamtes an. Nach diesem Gesetz soll die Wohnungsaufsicht künftig in umfassen: Wohnungen, die außer der Rücksicht aus zwei oder weniger zum dauernden Aufenthalt von Menschen bestimmten Räumen bestehen und weniger als 6 Quadratmeter Grundfläche haben, alle Wohnungen, in die Schlaftische aufgenommen werden, sowie alle Schlaftische der im Hause des Arbeitgebers wohnenden Arbeiter, Handlungs- und Gewerbetreibenden, die Bekräftigung und Dienstdiener. Ausgelöst wird die Aufsicht in der Hauptsache von einem Wohnungsvorstand und den ehrenamtlichen Wohnungspflegern.

Plauen. Am Sonnabend stand der jugendliche Raubmörder Hermann Walter Besold, der am 1. Januar d. J. den 15 Jahre alten Kaufmannslehrling Kurt Gade, seinen Lehrkollegen, nach dem Keller seiner elterlichen Wohnung gelockt und ihn dort mit einem Beile erschlagen und dann 600 M. Geld, das Gade für seinen Lehrern von der Waise erhalten hatte, geraubt hat, vor dem Jugendgericht des 3. Straßamtes. Nach 8 1/2 stündiger Verhandlung wurde er wegen vorläufigen Mordes und schweren Raubes zur 15jährigen

zulässigen Strafe von 10 Jahren Gefängnis verurteilt. Willkürliche Umstände wurden ihm nicht zugebilligt, auch kein jugendliches Alter, er ist erst 15 1/2 Jahre alt, nicht berücksichtigt.

Ruchholz. Einer umfangreichen Schmutzgelei von Händbäckchen und Kadal aus dem nahen Böhmen ist die Genbarmerie auf die Spur gekommen. Drei hiesige und zwei Einwohner aus dem benachbarten Prohau wurden verhaftet und dem Amtsgefängnis zugeführt. Die Verhafteten legten alle ein Geständnis ab.

Leipzig. Der Gemeinderat von Schönefeld hat auf Ersuchen des Rats der Stadt Leipzig den Termin der Einverleibung bis zum 1. Juli verschoben. Als Grund dieser Verschiebung gab der Rat der Stadt Leipzig an, daß infolge der veränderten Stellung der Gemeinde Leupold das Oberverwaltungsgericht jetzt erst die Sache zur Entscheidung erhalten habe und der Termin voraussichtlich nicht eingehalten werden kann.

Rochlitz. Die Amtshauptmannschaft erläßt eine Bekanntmachung, wonach das Verbrechen von Branntwein an Kinder oder jugendliche Personen unter 16 Jahren zum eigenen Genuß, an Kinder oder jugendliche Personen unter 14 Jahren zum Ueberbringen an andere, wenn sie sich nicht in Begleitung von Eltern, Vormündern oder Erziehern befinden, verboten ist.

Venig. Der Verkehr auf der Automobillinie Penig-Sachmannsdorf-Chemnitz war auch im vergangenen Jahre sehr gut. Insgesamt wurden gegen 190 000 Personen befördert. Die tägliche Personenbeförderungszahl betrug 519. Im Fahrrecht konnten über 104 000 M., für Gepäck- und Postbeförderung gegen 8000 M., für Schiller- und Reisestarten gegen 1700 M. und für Privatfahrten gegen 2000 M. eingenommen werden. Es wurde ein Brutto-Einkommen von rund 57 000 M. erzielt. Seit Bestehen der Gesellschaft (August 1910) sind insgesamt gegen 450 000 Personen befördert worden.

Keine Nachrichten aus dem Lande. Im Hause Apollstraße 9 in Chemnitz wurde Sonnabend gegen 1 Uhr mittags der in der 4. Etage wohnende Klempner Werner, 44 Jahre alt, verheiratet, jedoch kinderlos, von dem in derselben Etage wohnenden 32 Jahre alten ledigen Expedienten Oswald Heßmann mit einem Küchenmesser mehrmals über den Kopf und den linken Arm geschlagen, so daß der Betroffene schwere Wunden davontrug. Werner wurde ins Krankenhaus gebracht. Der Täter sprang nach der Tat aus einem Fenster des dritten Stockwerks in den Hof hinab und war auf der Stelle tot. Heßmann war nebenher und es ist wahrscheinlich, daß er die Tat in einem Anfall von Geistesgestörtheit ausgeführt hat. — In Orlitz bei Weichselburg sprang die Gutsbesitzerin Weichsel in einen Teich und ertrank. Vorher war sie aus einem Fenster des ersten Stockwerkes ihrer Wohnung gesprungen, doch erreichte sie damit ihren Zweck, sich das Leben zu nehmen, nicht. — Wohnmeister Schiefer wurde in Crotena bei dem von Personenzug 1960 erlittenen und zur Seite gefallenen, wobei er einen Schädelbruch erlitt und eine Gehirnerschütterung erlitt. Der Schwerverletzte wurde am 1. April in den Anstalt treten. — Lebensgefährlich verunglückt ist am Freitagabend in der Fabrik von Scheiner in Dohna ein Arbeiter, der 28 Jahre alt verheirateter Arbeiter Hermann Goldschmidt gen. Wolf. Er geriet in die Feuertrommel, wurde schwer verletzt und mußte sofort ins Krankenhaus gebracht werden. An seinem Aufkommen zweifelt man. — Bei einem großen Schadenfeuer, das in der Nacht zum Montag das Geschäft des Gutbesizers Schönberg in Langenwolmsdorf bei Stolpen heimlich und eine große mit Stroh vorzeiten gefüllte Scheune vollständig einäscherte, erlitt der Feuerwehrmann Fleischmeister Schöne aus Stolpen einen Unfall, indem bei der Bedienung der Spritze ein Finger der rechten Hand glatt abgequetscht wurde. Schöne mußte sich sofort in ärztliche Behandlung begeben. Bei dem Brande selbst konnte nicht geteilt werden, die Scheune ist bis auf die Umfassungsmauern niedergebrannt. Sämtliches Vieh ist in den Stammen umgekommen. Gutbesitzer Schönberg liegt seit vorgestern im Krankenhaus bei Penig, nachdem ihm am Freitag von einem seiner Pferde ein derartiger Schlag beriegt wurde, daß er einen doppelten Armbruch und eine gefährliche Knochenersplitterung davontrug.

Stadt-Chronik.

Wie bewirkt man den Kirchenaustritt?

Auf die häufigen und sich stets wiederholenden Anfragen über die für Sachsen maßgebenden Vorschriften für den Kirchenaustritt sei folgendes mitgeteilt: Der Austritt aus der Kirche steht jedem frei, der das 21. Lebensjahr überschritten hat. Kindern steht es bei Austritt der Eltern vom 14. Lebensjahre an frei, ob sie den Eltern folgen wollen oder nicht. Wer austritten will, hat zunächst persönlich und mündlich (brieffliche Mitteilung genügt also nicht!) beim Pfarrer seines Bezirkes die Erklärung abzugeben, daß er aus der Kirche austreten und zu den konfessionslosen Dissidenten überzutreten wolle. Will er zu einer anderen Religionsgemeinschaft, etwa zur deutsch-katholischen, überzutreten, so hat er die Erklärung dementsprechend abzugeben. Nach Ablauf einer Frist von vier Wochen, der sogenannten Bedenkzeit, muß dieselbe Erklärung wiederholt werden, und es muß dann dem Betreffenden vom Pfarrer der „Enkasschein“ ausgestellt werden. Dieser Enkasschein ist dem Amtsgericht, in dessen Bezirk der Betreffende seinen Wohnsitz hat, zum Zwecke der Eintragung in das Dissidentenregister vorzulegen. Erst von der Eintragung im amtsgerichtlichen Register ab geht der Austrittene rechtlich nicht mehr seiner bisherigen Religionsgemeinschaft an.

Zu diesen Vorschriften sei noch folgendes bemerkt: Vielfach werden denjenigen, die den Austritt beabsichtigen, Schwierigkeiten dadurch gemacht, daß die Sprechstunde des Pfarrers unangemessen hinausgeschoben oder auf ungeeignete Zeit verlegt wird. Das ist unzulässig und es steht hiergegen die Beschwerde offen, eventuell sogar der Klageweg. Jeder muß von dem Pfarrer in den üblichen Sprechstunden vorgefallen werden. Jeder Austrittende mag aber, um dem Pfarrer die Zeiteinteilung zu erleichtern, seinen Besuch in der Pfarramtsexpedition möglichst vorher anmelden, eventuell dort fragen, wann der Pfarrer zu sprechen ist. Sind an einem Orte mehrere Austritte oder etwa solche von mehreren Familienmitgliedern gleichzeitig beabsichtigt, so empfiehlt es sich, eine gleichzeitige Unterredung nachzusuchen, was in den meisten Fällen auch dem Pfarrer lieber sein wird, damit er seine Unterhaltung mit den bisherigen „Pfarrkindern“ nicht zu oft zu wiederholen braucht.

Aber einmal von der Nichtigkeit seines Schritts überzeugt ist, wird am besten tun, wenn er sich auf eine eingehendere Unterhaltung nicht einläßt, sondern dem Pfarrer erklärt, daß er fest entschlossen ist, auszutreten und sich nicht beeinflussen lassen wolle. Dabei ist es nicht verständlich, daß jeder sich bei der Unterredung mit dem Pfarrer eines angemessenen Tones zu bedienen hat. Endlich empfiehlt sich, daß man sowohl dem Pfarrer, als dem Gericht gegenüber sich über seine Persönlichkeit in der auch sonst üblichen Weise legitimiert, z. B. durch Wegbringen, Familienpapier, oder Gewerbedokumentation, wenn

durch dem Pfarrr oder dem Gericht bekannte Zeugen. Man erspart sich dadurch unter Umständen einen nochmaligen Weg. Die Gebühren für den Entlass-Schein betragen beim Pfarrramt etwa 1-2 M., für die Eintragung ins Dissidentenregister beim Amtsgericht etwa 4 M. Diesen Kosten gegenüber soll jeder bedenken, daß er durch den Kirchenaustritt in Zukunft die Kirchensteuern erspart und nützlicheren Zwecken zuwenden kann. Uebrigens hat sich das Komitee konfessionslos (Hauptstelle für Sachsen: Karl Knoll, Dresden-A., Blajewitzer Straße 9) erhoben, unbedingten Personen die Kosten des Kirchenaustritts zurückzuerstatten.

Die Konservativen und die Beamten.

Das Organ des Dresdner national-liberalen Reichsbereins berichtet: In einem der städtischen Beamtenvereine Dresdens hat unlängst ein Mitglied den Antrag gestellt, der Verein möge korporativ dem konservativen Verein beitreten. Ein solcher Antrag widerspricht grundsätzlich den Satzungen der Beamtenvereine; er ist schon deshalb undenkbar und er hat in diesem Falle auch die ihm gebührende Abfuhr erfahren. Wie aber ist wohl der Werdegang dieses Antrages? Die letzten Stadtkonventionen haben in der Gruppe C waren bekanntlich für die konservativen höchst ungünstig verlaufen, und der Obermeister U. (Unrats) hatte aus dem Ausfall dieser Wahlen sich zu der Notwendigkeit bekannt, dahin zu wirken, daß die Vorstandsämter der Beamtenvereine mit konservativen Beamten besetzt werden. Schon das legt den Schluß nahe, moher die Regungen für einen solchen Antrag gekommen sind. Um aber jeden Zweifel zu beheben, so beging der Antragsteller noch obendrein die Unvorsichtigkeit, sich in seiner Begründung auf eine Rückfrage zu berufen, die er vorher mit Herrn Obermeister U. gehabt hatte. Der Ungeniertheit in den Beeinflussungsversuchen auf der konservativen Seite hält die Liebediener auf der anderen so ziemlich die Waage. Dieser Vorgang wird auch noch dadurch illustriert, daß gerade die Konservativen stets die Beamtenvereine vor der Politik warnen. Ausgemachte Heuchler!

Hauptbahnhof oder Wettinerstraße?

Vor einiger Zeit wurde mitgeteilt — auch von uns —, daß die Eisenbahndirektion die Absicht hat, die Ankunft und Abfahrt der Züge auf der Linie Dresden-Cossebaude-Coswig vom Hauptbahnhof nach Bahnhof Wettinerstraße zu verlegen. Dieses Vorhaben scheint nun gewisse Kreise in der Cossebauder Pflanze in große Erregung versetzt zu haben. Sie bombardieren die bürgerliche Presse mit Einwendungen, die sich lebhaft gegen die beabsichtigte Aenderung wenden. Auch die Gemeinderäte suchte man, und zwar mit gewissem Erfolg, für diese Opposition zu gewinnen. Wir haben bis jetzt aber vergeblich nach triftigen Gründen für diesen Oppositionsgeist gesucht, und es scheint, als ob dabei die Sonderinteressen und Sonderwünsche weniger Leute die Triebfeder wären. Denn bis jetzt konnte man weiter nichts vorbringen, als daß die Verbindung mit dem Hauptbahnhof unerwünscht beeinträchtigt und Schulkindern, die von da unsere Dresdner Schulen besuchen, der Verkehr erschwert werde. Das ist alles, im übrigen steht der Aufwand an Worten in keinem Verhältnis zu dem, was damit gesagt wird. Jedenfalls sind die Gründe, die für die geplante Aenderung sprechen, viel schwerwiegender. Daß diese Züge dann bis fast in die Mitte der Stadt geführt würden, wäre sicher ein großer Vorzug. Vom Bahnhof Wettinerstraße ist nach allen Richtungen, besonders auch nach rechts der Elbe, schnelle und leichte Verbindung da. Wenn wirklich die Zuganfallsgelegenheit für die Züge, die nicht nach Neustadt gehen, ein wenig ungünstiger würde, so sieht man doch der große Vorteil einer direkten bzw. besseren Zugverbindung mit dem Bahnhof Wettinerstraße und von da mit dem Bahnhof Neustadt gegenüber. Auch dem Arbeiterverkehr wird in allgemeinen der Bahnhof Wettinerstraße günstiger liegen. Und wenn damit auch den vielen von da unten nach der Stadt kommenden Marktfrauen mit ihren Traglasten ein großer Vorteil erwächst, so ist das zwar kein ausschlaggebender, aber ein guter Grund mehr für die Verlegung. Aber auch die in Betracht kommenden Schulen liegen meistens vom Wettiner Bahnhof nicht ungünstiger wie vom Hauptbahnhof. Wenn nun die Bahnverwaltung, wie besprochen ist, noch für gute Anschlüsse nach Hauptbahnhof und Neustädter Bahnhof sorgt, dann sind alle Einwände gegen die Aenderung unserer Erachtens hinfällig. Wie man sich gegen die Verkehrsverbesserung wenden kann, ist absolut unverständlich!

Das Dresdner Arbeiter-Sekretariat

wurde im Monat Januar 1913 insgesamt von 1254 Personen aufgeführt, die 1289 Anfragen vorbrachten. Da das Sekretariat an 25 Tagen geöffnet war, kommen auf den Tag 50,16 Besucher. Von den Auskünften wurden 208 schriftlich erledigt. Die Auskünfte verteilten sich auf folgende Gebiete: Arbeiterversicherung 257, Arbeits- und Dienstvertrag 154, bürgerliches Recht 552, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 121, Strafrecht 92 und 113 sonstige Fragen. — Auf die Organisationen entfallen: 257 Bauarbeiter, 144 Bauarbeiter, 105 Holzarbeiter, 79 Transportarbeiter, 59 Fabrikarbeiter, 50 Zimmerer, 24 Schuhmacher, 23 Gitarbeiter, 22 Buchdrucker, 20 Gemeindearbeiter, 19 Maler und Lackierer, 16 Buchbinder, je 14 Zigarbeiter und Tischler, 11 Handlungsgehilfen, je 10 Glasarbeiter, Lithographen und Steindrucker und Textilarbeiter, je 9 Bäcker und Konditoren und Sattler, je 8 Böttcher und Dachdecker, je 7 Brauereiarbeiter und Milchensarbeiter, Gastwirtsgehilfen und Tabakarbeiter, je 5 Gärtner und Porzellanarbeiter, je 4 Buch- und Steindruckerhilfsarbeiter, Rajschinisten und Feiler und Schneider, je 2 Fleischer, Lederarbeiter, Steinseher und Zivilmüller und je 1 Vergarbeiter, Bildhauer, Blumenarbeiter, Bureauangestellter, Eisenbahner, Feuerschutzgehilfe, Glaser, Hausangestellter, Kupferstecher und Kürschner. — In Dresden wohnen 1007 Personen, außerhalb Dresdens 247 Personen, die sich auf 127 Orte verteilen, darunter: Coschütz 8, Bitterfeld, Leubnitz-Neustadt, Rabenstein, Reichenberg, Weissenhöfchen je 6, Briesnitz, Gumnitzsch, Götendorf, Weitzen, Mägden je 5, Birkigt, Köhlerau, Großschönau, Nadeberg je 4 usw. Es erfolgten 2 Vertretungen vor dem Amtsgericht. Das Postfach verzeichnet 68 Eingänge und 215 Ausgänge.

Birtas Carrasani. Die Sonntag-Vorstellungen brachten die schon angekündigte Programm-Veränderung: Der Affe als Aviastier im Aeroplan. Die Sache ist wirklich originell und interessant. Eine drei Dimensionen des Raumes entsprechende große Flugmaschine erhebt sich unter starkem Geräusch und angetrieben von einem Propeller bis etwa zur halben Höhe des Gebäudes, und fliegt dann im Kreise, in der Höhe gehalten von einem Seil, im harten Geschwindigkeit herum. Ruhig sitzt ein kleiner Affe in dem

Flugzeug, das von einer in der Mitte der Range befindlichen Kraftstation (große Gasflasche) in Bewegung gesetzt und dirigiert wird. Da im geschlossenen Räume der Betrieb mit Explosionsgasen (Benzin, Öl) nicht zulässig ist, wird dem Motor durch eine Röhre Expansionsgas zugeführt. Die schwierige Dressur des Affen besteht darin, daß er mit absoluter Ruhe die Fahrt unternimmt. Das Tier wird übrigens auch im Sitz angebunden. Das Publikum verfolgte die Abwicklung dieses neuen Programmpunktes mit großem Interesse. Außerst schwierig und sehr elegant ist der Pferdebesitzer: Leichtes Kavallerie und Tiger, der Lonnhengst. Bei der fünften Programm-Nummer, einem von vier Damen ausgeführter Parforceritt, ereignete sich gestern Abend ein Unfall. Eine Künstlerin stürzte vom Pferde und mußte hinausgeführt werden. Sie schien sich ein Bein verletzt zu haben.

Die Beiträge zur Angestelltenversicherung für den Monat Januar müssen spätestens bis zum 15. Februar entrichtet sein. Auch alle späteren Beiträge für einen verlosenen Monat müssen bis zum 15. des folgenden Monats eingezahlt werden. Die Einzahlungen geschehen mittels roter Zahlkarte, die besonders für die Angestelltenversicherung eingeführt wurde und bei den Postanstalten zu haben sind. Spätestens bei der ersten Zahlung muß der Arbeitgeber eine Uebersicht seines versicherungspflichtigen Personals nach der Reichsversicherungsanstalt einreichen. Vorbeude hierzu werden von den örtlichen Ausgabestellen für die Angestelltenversicherung abgegeben. Vielfach wird angenommen, daß die Karte des Versicherenden bei der ersten Zahlung mit an die Reichsversicherungsanstalt gefandt werden müsse. Diese Annahme ist falsch. Die Karte bleibt in den Händen des Versicherenden oder seines Arbeitgebers. Die Einzahlung der Beiträge hat der Arbeitgeber in der Versicherungskarte durch Eintragung des Beitragtrages und Versicherungssumme durch den Namen des Versicherenden zu vermerken. Wer als Quittung Marken benutzen will, kann diese nach vorheriger Einblendung der fälligen Beiträge von der Reichsversicherungsanstalt beziehen.

Post-Annahmestempel. Jeder Landbriefträger und jeder Posthilfsstelleninhaber hat ein Annahmestempel zu führen, das zur Eintragung der angenommenen Einschreibsendungen, Sendungen mit Wertangabe, Postamtsweisungen, Zahlnoten im Postschiffverkehr usw. dient. Den Ausfüllereisen steht frei, die Gegenstände in das Annahmestempel selbst einzutragen. Werden sie vom Landbriefträger oder Posthilfsstelleninhaber eingetragen, so wird dem Ausfüllereisen empfohlen, sich von der Richtigkeit der Buchung zu überzeugen. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die Haltpflicht der Postverwaltung erst mit der durch die Eintragung in das Annahmestempel nachweisbaren Uebergabe der Sendungen an den Landbriefträger beginnt. Zur Begründung von Erlassensprüchen ist daher die Eintragung in das Annahmestempel des Landbriefträgers — für die bei Posthilfsstellen eingeleisteten Sendungen besorgt diese der Posthilfsstelleninhaber — von entscheidender Bedeutung. Der Posteingangsschein wird erst bei der Ablieferung der Sendung an die Postanstalt ausgefertigt. Der Landbriefträger ist verpflichtet, ihn auf dem nächsten Poststellengehen dem Absender abzuliefern.

Rekrutierung. Die Musterung der gestellungspflichtigen Mannschaften findet im Bezirk der Amtshauptmannschaft Dresden-Alstadt vom 24. Februar bis 15. März statt, und zwar am 24. und 25. Februar im Gasthofe zu Niedersieditz, am 26. und 27. Februar im Gasthofe zu Cossebaude, am 28. Februar und 1. März im Stadtbahnhof zu Tharandt, am 3. März im Gasthof zum Amshof in Rabenau, vom 4. bis 15. März in der Frohen Schicht zu Posthappel. Die Musterung erfolgt am 15. März, vormittags 9 Uhr, in der Frohen Schicht zu Posthappel für den ganzen Bezirk. Die Gestellungspflichtigen werden durch die Gemeindebehörden noch besonders eingeladen.

Hunde Sperre. An dem Hunde eines hiesigen Einwohners ist die Tollwut festgestellt worden. Da der Hund in der Stadt frei umhergelassen ist, auch einen Menschen gebissen hat, so mußte die Hundesperre für den Stadtbezirk erneut auf die Dauer von drei Monaten und damit die Verlängerung der jetzigen Hundesperre bis mit 2. Mai verfügt werden.

Die Elbe fällt wieder, nachdem sie am Dresdner Pegel am Freitag den höchsten Stand mit 146 Zentimeter über Null erreicht hatte. Seitdem ist das Wasser ständig im Niedergange. Bis Sonntag mittag war der Strompiegel wieder auf 52 Zentimeter über Null zurückgegangen. Von den oberen Abflüssen als auch der Moldau, Havel und Eger wird weiter Fall gemeldet. Im Strome sind jetzt wieder die Stromschnellen ausgelegt worden, die ersten Vorbereitungen für die Eröffnung der Schifffahrt.

Ueberfahren. Ein Unglücksfall ereignete sich am Ebufer, indem ein ungefähr 9 Jahre alter Knabe von der elektrischen Bahn Nr. 18 erfasst und derartig verwundet wurde, daß er in bewußtlosem Zustande, aus Mund und Nase stark blutend, nach der Sanitätsstation in der Marienstraße gebracht werden mußte. Seine Mutter, Frau Mitschering, die gegenüber der Unglücksstelle wohnt, befand sich auf Aufwartung. Der Knabe ist nach dem Krankenhaus gebracht worden.

Bermischte Nachrichten. Wegen eines großen Geflügeldiebstahls, verübt in einem Grundstück der Großenhainer Straße, wobei 23 Hühner an Ort und Stelle abgeschlachtet wurden, war der Arbeiter Ernst Robert Klossche verhaftet worden. Der erst im September vergangenen Jahres aus dem Zuchthaus entlassene Geflügelieb wohnte zuletzt auf der Friedrichstraße unter falschem Namen. Wie nunmehr feststeht, hat Klossche auch die in letzter Zeit verübten großen Geflügeldiebstähle in Hellerau, Weiher Hirsch, Kemnitz und Stieglitz verübt. — In der Nacht vom Freitag wurde am Altmarkt ein Schaufelkasten des Möbelwarenhauses von Renner erbrochen und feibene Unterredde daraus entwendet. In derselben Nacht wurde ferner in der Schäferstraße ein dortiger Kasten erbrochen und in diesem Falle Kleidungs- und Wäschegegenstände entwendet. Ferner wurde in einer der letzten Nächte der große Schaufenster des Kaufmanns Mohaupt in Niederfeld erbrochen. — Unter den vielen Unterhaltungsgehehen, die an amerikanische Millionäre aus aller Herren Länder gerichtet werden, befinden sich noch immer Briefe auch von reichsdeutschen Wittfählern. Damit diese Landleute sich keine überflüssige Mühe machen, sei hier, wie die N. F. schreibt, nochmals bestätigt, was bereits mehrfach in der Presse festgestellt wurde, daß nämlich solche von Ausländern eingehende Wittfählungen an reiche Amerikaner von deren Sekretären ohne weiteres vernichtet werden.

Künstler Wahlkreis. Morgen Dienstag, abends 8 Uhr, findet für die Genossinnen des 5. Kreises im Leinen Volkshaus ein heiterer Abend statt. Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht.

Die Kindererziehungskommission deschen-Teichenberges veranstaltet morgen Dienstag einen Ausflug. Treffpunkt um 2 Uhr bei Frau Kerger, Räderstraße 20, aber nur bei gutem Wetter. Proviant, Kaffeestücken und 5 Pf. sind mitzubringen.

Aus der Umgebung.

Der Kampf um einen Weg.

Wegen Sachbeschädigung hatten sich vor dem Kreisgericht Schöffengericht vier Gemeinderatsmitglieder der Amtshauptmannschaft von Coschütz zu veranlassen. Der Urteil lautete bei den vier Gemeinderatsmitgliedern Ulrich, Schöke, Flöhe und Schoob auf je 1 Woche Gefängnis, Diele erhielt 2 Tage Gefängnis, Dago Borag, Rentz, Rosenmeyer je 30 W. Strafe event. 3 Tage Gefängnis, Moritz Borag und Delmich je 20 W. Strafe event. 2 Tage Gefängnis, Höplich, Müller, Fuchs und Gabel wurden freigesprochen. Wegen des Urteils legten die Staatsanwaltschaft und die Bezirksregierung Berufung ein.

Seit alten Zeiten besteht zwischen den Feldern der Gemeinde Lebnitz, Klein-Lebnitz und Rünzsch ein Wirtschaftsweg, der in den letzten Jahren auch viel von fremden Fuhrwerken benutzt und dadurch sehr zerfahren wurde. Das wollten sich die beiden Besitzer der Felder nicht mehr gefallen lassen. Darauf wurde vom Gemeindevorstand eine Warnungsbefehl mit Entaufhebung des Weges erlassen. Da das nicht half, gruben die Besitzer einige hölzerne Säulen ein, die 1,30 Meter hoch waren, so daß Fuhrwerke und kleinere Handwagen, wie sie die Einwohner bei der Feldarbeit ihrer Felder mit sich führen, noch durch konnten. Die meisten Einwohner von Lebnitz geben in die Chemische Fabrik von Lebnitz in Rünzsch auf Arbeit und benutzen diesen Weg. Durch die teilweise Sperrung entstand in der Bevölkerung eine Erregung und von mehreren Einwohnern wurden die Holzsäulen umgestürzt. Zwei wegen verhandelte Prozesse, viele und Genossen und Gese, wegen Sachbeschädigung endeten in beiden Instanzen mit Freisprechung der Angeklagten. Die Freisprechung erfolgte aber nur aus juristischen Gründen. Die Revision der Staatsanwaltschaft wurde vom Oberlandesgericht verworfen. Die Besitzer fertigten nun eine neue Absperrung an, und zwar mittels eiserner Schienen, die an Steinen im Erdboden verankert und unter sich verbunden waren. Die Erde war dazwischen 1,30 Meter. Der Amtshauptmannschaft und dem Bezirksamt wurde berichtet, daß der Weg nur ein Privatwirtschaftsweg war, freigegeben für den öffentlichen Verkehr. Diese Entscheidung wurde allen Interessierten schriftlich mitgeteilt. Durch die neue Absperrung und die Entschließung der Verwaltungsbehörden erhielt die Erregung wieder neue Nahrung. Am 30. März 1912 wurde im Gemeinderat zu Lebnitz beschlossen, die Sperre wieder zu beseitigen. Diesen Beschluß teilte man der Amtshauptmannschaft mit und bat innerhalb 14 Tage um Milderung. Am 28. April ging Hugo Borag mit mehreren Interessierten zum Gemeindevorstand und fragte ihn, ob ein Bescheid von der Amtshauptmannschaft da sei. Das wurde bejaht. Da teilte man dem Gemeindevorstand mit, daß man den Bescheid vom 30. März 1912 selbst vollziehen werde. Der Gemeindevorstand sprach sich hierzu nicht aus. Die 14 Angeklagten teilten sich mit Gade, Schaufel usw. ein und die Schienen wurden zerhackt und auf Feld gelegt. Die Besitzer wollten Strafantrag darauf kom es zur Beurteilung.

Bei der Berufungsverhandlung war der Angeklagte Ulrich wegen Krankheit entschuldigt; dessen Sache wurde abgetrennt und soll später verhandelt werden, bei Sichel ließ der Staatsanwalt die Anklage fallen. Der Staatsanwalt erklärte, daß die Zeit der Verhandlung an Aufzehr und Landfriedensbruch grenze. Der Gemeinderat von Lebnitz, die Amtshauptmannschaft und die Bezirksregierung erklärten sich für die Freisprechung. Die Entscheidung vom 1.30 Meter sei zu schmal, da ihre Handwagen meist 1,40 Meter breit seien und sie doch zu ihren Feldern müßten. Sie müßten sich für berechnigt zu ihrer Darstellungsweise halten, da für die Freisprechung erfolgt seien. Auch haben sie das Schweigen der Amtshauptmannschaft zu ihren Gunsten geltend gemacht. Die unklare Haltung des Gemeindevorstandes. Diejenigen der Angeklagten, die nicht Gemeinderatsmitglieder sind, haben sich dem Gemeinderatsbescheid gefügt. Das Gericht folgte der Deduktion des Staatsanwalts; die Angeklagten Schöke, Flöhe, Schoob und Gabel wurden zu 1 Monat, förmliche anderen Angeklagten auch die vorher freigesprochenen mit Ausnahme von Sichel, zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt.

Vorlesung.

Mittwoch den 12. Februar, abends 7 Uhr, findet Dorfstraße 3 öffentliche Sitzung des Gemeinderats statt.

Niedergarditz. Der hiesige Schuldirektor hatte am vorigen Sonntagabend im Gasthof Alter Dessauer einen Unterhaltungsabend veranstaltet und es wurde gewünscht, daß auch die Arbeitslosigkeit der Veranlassung Interesse entgegenbringen möchte. Herr Lehrer Richter hielt einen Vortrag über die Geschichte von 1806—1815 in der Art, die jedem noch von der Schulzeit her bekannt sein dürfte. Schlußfolgerungen wurden hinter einen Neuenandvorhang, der zur Vorführung von Lichtbildern gebracht war, Lüßows verwegene Jagd, zu Mantua in Bergamo, singen. Dieser patriotische Altimdben endete mit einem allgemeinen Gesang des Liedes Deutschland, Deutschland über alles. Man darf wohl sagen, daß der weitaus größte Teil der Einwohnerchaft unseres Ortes von solchen Veranstaltungen nichts wissen will.

Coschütz-Wittersee. Der 7. Bezirk des Sozialdemokratischen Vereines des 8. Reichstagswahlkreises umfaßt die Ortsteile Wittersee, Coschütz, Burgl, Hildesberg, Kleinmumbach. Für die Genossen und Genossinnen dieses Bezirks findet Donnerstag den 13. Februar, abends 9 Uhr, ein Diskussionsabend statt. Versammlungsort ist diesmal die Kapfenblitz in Burgl. Diskussionsleiter ist Genosse Wente. Die Genossen und Genossinnen eruchen wir um zahlreiches Erscheinen.

Dresden. Erhebliche Brandwunden erlitt ein Arbeiter einer hiesigen Fabrik durch die Explosion eines Reagenzbehälters. Die Verletzungen, die hauptsächlich das Gesicht betroffen haben, machten ärztliche Hilfe nötig.

Burgl. Nach der von der früheren Majorität der Bürger Gemeinderats ausgeübten Wahlrechtsveränderung, die die Einwohner in fünf Klassen teilte, fanden am 7. und 8. Februar Gemeinderatswahlen statt. Die Wahlbeteiligung war in allen Klassen eine sehr hohe; in der 1. Klasse der Unanständigen beteiligten sich sämtliche 68 eingeschriebenen Wähler, was wohl selten vorkommt. Ergebenis von unserer Seite alles getan worden ist, die Einwohner zu zuzulassen, was es uns nicht möglich, die 2. Klasse der Unanständigen und die 1. Klasse der Unanständigen zu behaupten. Wir werden gegen eine Wiederholung von 5 und 4 Stimmen. Verschiedene Vergarbeiter sagten, daß Herr Schenk wohl bei Versprechen wegen Urlaubsgewährung zur Gemeinderatswahl wohl gehalten hätte, aber über einzelne unrichtigen Bemerkungen gemacht hat, auch selbstergegnung durch gemerkt worden. Etwas wegen einer besonderen Vergütung — unsere Vertreter werden die Vergütung vom Gemeinderat behalten. Unsere Vertreter haben die Dankschreiben der Gemein-

hinter
rend
meine
Scher
der
Nären
den
erlen
A.
gestell
und
met
mit
Wesen
Oto
19
Eli
Gand
Omar
Gens
Zimm
berg
Einge
mach
In der
Uhm
mann
und
68
Wä
Reich
wurde
vereins
weniger
Stein
mit der
einem
und für
Julian
Stelle
Gemein
weit er
wurde
entworfe
im me
Jedman
schien
sollen
es find
wert, da
Ni
liche Ge

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Die Vertragsverhandlungen im Holzgewerbe.
Wie wir im Laufe der Woche mehrfach berichteten, haben seit Beginn der vorigen Woche Verhandlungen zwischen den Parteien unter dem Vorsitz des Herrn v. Verleppich stattgefunden. Die Bemühungen, besonders die des Herrn Verleppich, waren auf das Zustandekommen einer Verständigung gerichtet. Jedoch waren diese Bemühungen vergeblich. Eine Verständigung konnte in fast keinem Punkte zwischen den Parteien direkt erzielt werden. Infolgedessen hat der Unparteiische im Einverständnis der Parteien den Schiedspruch gefällt, der am Sonnabend den 8. Februar, vormittags 11 Uhr, verkündet wurde.

Dieser Schiedspruch besagt zunächst, daß die Vertragsdauer auf vier Jahre festgesetzt wird, und zwar bis zum 15. Januar 1917. Ferner spricht der Schiedspruch aus, daß in der Vertragsgruppierung im Holzgewerbe eine Vereinheitlichung Platz greifen soll in der Weise, daß die jetzige Vertragsgruppe eine weitere Belastung nicht erfährt, dagegen eine weitere Zusammenlegung der übrigen kleineren Vertragsgruppen erfolgen soll. Es ist weiter in dem Schiedspruch ausgesprochen, daß die im Jahre 1911 von der zentralen Schiedskommission beschlossene Vertragsvorlage bei den künftigen Vertragsverhandlungen als Norm gelten soll. Weiter ist für den Ausbau des vertraglichen Schiedswesens, sowie über eine schnellere und fortwährende Erledigung der anhängigen Verhandlungen die nötige Vorkehrung getroffen worden. So heißt es z. B., daß in Zukunft die Entscheidungen der Schiedskommission in jedem Falle innerhalb acht Tagen nach erfolgtem Anruf erfolgen müssen.

Einer der größten Streitpunkte, nämlich die Arbeitszeitverkürzung, ist in der Weise erledigt worden, daß in Berlin ab 1. Juli 1915 die Arbeitszeit von 51 auf 50 Stunden pro Woche herabgesetzt wird, am gleichen Datum wird die Arbeitszeit in Leipzig und Dresden von 52 auf 51 Stunden pro Woche verkürzt. In den übrigen Großstädten: Wilmanns, Köln, Düsseldorf, Hannover, Kiel, Magdeburg und einigen anderen erfolgt ab 1. Juli 1916 eine Verkürzung um eine Stunde, so daß in diesen Orten dann auch die 51stündige Arbeitszeit besteht, während in Wilmanns die 51stündige Arbeitszeit eintritt. In Halle, Lübeck und Steintin wird die Arbeitszeit von 54 auf 52 Stunden pro Woche verkürzt. In weiteren neun Städten beträgt die Arbeitszeitverkürzung eine Stunde und zwar von 54 auf 53 Stunden. Sittau, Danzig, Erfurt und Krefeld erhalten eine einstündige Verkürzung. In den ersten drei Orten besteht somit eine 53stündige, in Krefeld eine 54stündige wöchentliche Arbeitszeit. In Guben und Lindeburg wird die Arbeitszeit von 55 auf 54 Stunden verkürzt. Bromberg, Göttingen, Idesheim, Mendelsburg und Thorm erhalten zwei Stunden Verkürzung von 56 auf 54 Stunden. In Reuthen, Rattowitz, Königshütte und Schwerin wird die Arbeitszeit von 57 auf 54 Stunden verkürzt, während in Amberg, Heßen, Greifswald, Lübbenau, Neisse und Stargard die 55stündige Arbeitszeit eingeführt wird. Es beträgt somit nach der Durchführung dieses Schiedspruchs die Arbeitszeit in Berlin 50, in den übrigen Städten 51, 52 Stunden usw. bis zur höchstzulässigen Arbeitszeit von 55 Stunden pro Woche. Die Orte Harburg, Darmstadt, Rosen, Jey werden an die bestehenden Verträge des übrigen Vertragsgebietes angegliedert, erhalten aber dieselben Verbesserungen wie die übrigen Orte.

Die Arbeitslöhne werden erhöht ab 1. März 1913 um 2 Pf., ab 1. März 1914 um 2 Pf., während im Jahre 1915 ein weiterer Pfennig zugunlich des Ausgleichspwings für die Arbeitszeitverkürzung hinzukommt, so daß in den meisten Orten die gesamte Lohnerhöhung 6 Pf. pro Stunde beträgt. Eine Ausnahme hiervon machen die Städte Krefeld und Danzig in der Weise, daß hier eine Lohnerhöhung von 7 Pf. eintritt, während in Kiel, Amberg, Berlin, Guben, Neisse, Stargard, Heßen und Greifswald die Erhöhung 5 Pf. beträgt. Diese Lohnerhöhungen werden in vollem Umfang auf die bestehenden Verträge übertragen wie auf die Affordpreise angesetzt, was z. B. für Berlin eine Erhöhung der Affordpreise um 7 Proz. ausmacht.

Zum Schluß spricht der Schiedspruch aus, daß sämtliche noch strittigen Punkte zu erneuten Verhandlungen an die örtlichen Parteien verwiesen werden. Wenn bei diesen Verhandlungen auch die Vermittlung der Zentralinstanzen bis 1. März eine Einigung nicht erzielt wird, soll abermals eine Sitzung der Zentralvorstände unter dem Vorsitz des Unparteiischen stattfinden, um auch diese Differenzen zu erledigen. Die Parteien haben also zunächst zu dem Schiedspruch Stellung zu nehmen.

Sofales.

Zur Tarifbewegung in der Herrenmaßebranche.
In der am 5. Februar in der Zentralhalle stattgefundenen öffentlichen Schiedsversammlung referierte Kollege Kirchhoff über das Thema: Was haben die Kollegen der Herrenmaßebranche von der gegenwärtigen Lohnbewegung zu erwarten? Die heutige Versammlung soll ein Generalappell sein, ob die Dresdener Kollegen gewillt sind, bei einem Ansturm von den Arbeitgebern aufzutreten zu lassen, der mit der maßlosen Verzerrung nicht in Einklang zu bringen ist. An der Hand eines einwandfreien rechenmäßigen Beispiels wird der Redner nach, daß seit Abschluß des jetzigen Tarifs die Lebensmittelpreise und Wohnungsmieten eine enorme Höhe erreicht hätten und unsere Forderungen vollumfänglich berechtigt seien. Bei den nächsten Wochen im Künstlerhaus stattfindenden Einigungsverhandlungen vor den Unparteiischen kommen 51 Cte aus ganz Deutschland in Frage, die eine Beschäftigungszahl von 6000 Kollegen und Kolleginnen repräsentieren. Da die örtlichen Verhandlungen so gut wie kein Ergebnis gezeitigt haben, sind die Unparteiischen vor eine schwere, verantwortungsvolle Aufgabe gestellt. Können wir, daß es ihnen gelingen möge, eine friedliche Lösung zu erzielen. Kollege Kirchhoff riefte an die anwesenden Unorganisierten die Mahnung, sich nun endlich der Organisation anzuschließen und mit uns Schulter an Schulter unsere Forderungen zu verteidigen. Die Debatte über erklärte sich mit den Ausführungen voll einverstanden und betonten, wenn es sein müsse, durch Arbeitsüberlegung den Forderungen nachdruck zu verleihen. Kollege Kirchhoff ersuchte, für die im gleichen Saale stattfindende Mitgliederversammlung am 18. Februar eigie Präsenz zu sorgen, da, wenn die Abstimmung gültig sein solle, zwei Drittel der in Frage kommenden Kollegen an derselben teilnehmen müßten. Folgende Resolution, fand begeisterte Unterstützung und einstimmige Annahme:

Die Versammlung erwartet von der Tätigkeit der unparteiischen Schiedsrichter eine bestmögliche Lösung der Lohnfrage. Sollte diese Erwartung aber nicht in Erfüllung gehen, so beschließt die Versammlung ihren einstimmigen und festen Willen, jedes

Opfer zu bringen, um für Dresden befriedigende Lohnverhältnisse zu erkämpfen.
Nachdem eine größere Anzahl Aufnahmen für den Verband erfolgt, fand die gutbesuchte Versammlung ihr Ende.

Die Arbeitsvermittlung im Fleischergewerbe in Dresden.

Alle Arbeitsnachweise der Unternehmer sind Zwangsnoten für die Arbeiter. Genügend sind die Arbeitsnachweise der Industriellen bekannt. An brutaler Rücksichtslosigkeit hehen denen aber auch die Arbeitsnachweise der Fleischerinnungen nicht nach. Es ist ja allgemein bekannt, daß in Leipzig die Gebeiden verlangten, daß organisierte Fleischer nicht mehr vermittelt werden dürfen. In Berlin, wo der Sprengmeister seinen Dienst nie ohne Revolver verließ, ist den Verbandskollegen der Zutritt zum Arbeitsnachweis verboten.

Aber auch in Dresden herrschen auf dem Arbeitsnachweis noch die rüchstündigen Gebeiden. Jeder Gebeide, der Anspruch auf Arbeit erhebt, muß im Besitze eines Annuungsprotokolls stehen, in den Streifen der Gebeiden unter dem Namen Streifen bekannt sein. In diesem Buch trägt jeder Fleischergebeide sein Foto mit sich herum. Die geringsten Anlässe waren schon Grund genug für die Innungen, die Entziehung des Buches auszusprechen. Den Fleischergebeiden verweigert aber auch noch ein zweiter Gebeide hier in Dresden, daß diese niemals den Gebeiden auszuhandeln, sondern mit Mitteln versehen dem Sprengmeister abzugeben ist. Also ein Zeugnis muß die Karte enthalten; aber der Gebeide darf nie wissen, was der Meister über ihn schreibt. Man muß sich wundern, daß die Gebeiden nicht gegen solche Auswüchse der Annuungspolitik aufstehen; denn unter solchen Umständen erfährt ein Fleischergebeide nie, wer ihn schädigt. Aber auch von der liberal sein wollenden Leitung der Fleischerinnung wäre zu erwarten, daß sie im 20. Jahrhundert solche Sachen nicht mehr duldet.

Zentralverband der Fleischer (Verwaltungsstelle Dresden.)

Das Tarifwesen in der Steinindustrie.

Eine Tarifermäßigung im Jahre 1912 hat der Zentralverband deutscher Steinarbeiter (Eig. Leipzig) zu verzeichnen. Am 1. Januar 1912 bestanden 208 Tarife für 18 847 beschäftigte Personen, von denen 18 132 organisiert waren, am 1. Januar 1913 bestanden 234 Tarife für 27 238 beschäftigte Personen, von denen 21 175 organisiert sind. Die Zunahme der Tarife entfällt besonders auf die Granit- und Plastersteinindustrie. Für die Arbeiter in den genannten Kategorien konnten im Vorjahre, besonders in den Gebieten Steglitz-Ehrenfeld (Schlesien) und Demitz-Ramens (Sachsen), große Erfolge errungen werden. Die Granitsteinbruchbesitzer waren bisher sehr anhängig des wilden Affordwesens, das eine immense Ausbeutung der Arbeiter zuließ. Die Herren stellten sich kategorisch auf den Standpunkt, Tarifabschlüsse seien in der Quarzsteinindustrie nicht möglich. Der Steinarbeiterverband nötigte aber die Herren, sich zu einer anderen Ansicht zu bekehren. So war ein größerer Industrieführer ein hartnäckiger Gegner jeglichen Tarifabschlusses. Aber auch er wurde durch die Geschlossenheit der Arbeiter zu anderer Ansicht bekehrt. Nach Unterzeichnung des Tarifs zeigte er die Hausbesitzer in Steinmetzen, daß er sich mit seinen Arbeitern über die Lohnfrage geeinigt hätte. Damit gab er den Behörden einen Hinweis, bei der Vergabe von Aufträgen bevorzugt zu werden. Andere Unternehmer schlugen aus den Tarifabschlüssen besondere Vorteile. Sie setzten bei der Uebernahme von Plastersteinlieferungen höhere Preise ein mit der Begründung, daß die Arbeitslöhne erhöht werden mußten.

Für die Sandsteinbesitzer ist die Einführung eines Normaltarifs für das Königreich Sachsen von sehr großer Bedeutung. — In einigen Tarifabschlüssen ist auch der dringliche Arbeiterverband beteiligt. Die Steinarbeiter können mit der Ausbreitung des Tarifwesens sehr zufrieden sein. Die schönen Erfolge, die sie errungen, verdanken sie nicht zuletzt dem Umstand, daß der Verband in den letzten zwei Jahren 11 000 Mitglieder gewann und den Unternehmern so eine wirtschaftliche Macht entgegenstand, die sie zur Nachgiebigkeit veranlaßte.

Wehr Müdigkeit!

In unserem hannoverschen Parteiblatt finden wir folgende auch für unseren Verbreitungsbezirk sehr beachtenswerte Ausführungen:

Es kommt nicht selten vor, daß Arbeiter bei uns vorpersuchen und erbitern über die Art und Weise, wie sie von dem Unternehmer oder irgendwelchen Beamten behandelt werden. Im Anschluß daran wird eine öffentliche Klage von dem Arbeiterblatt gefordert. Auf die Frage, was denn derjenige, der von seinem Arbeitgeber oder Vorgesetzten grob und beleidigend behandelt wurde, demgegenüber getan habe, erwidert nicht selten die Antwort: Nichts! Das ist ein erheblicher Mangel an Selbstbewußtsein. Gemüß sollten die unangemessen Behandelten nicht etwa wieder schlumpfen oder in der Erregung zu irgendeiner Unbesonnenheit sich hinreißen lassen; damit ließe sie sich lediglich als Unrecht und Schaden für unter Umständen meistens auch empfindlich. Aber sie hätten die Pflicht, sich eine ungehörige Behandlung auf der Stelle energisch zu verdienen.

Mangel an Müdigkeit ist es auch, wenn ein Arbeiter Mißstände in einem Vertriebe erst dann erwidert, wenn er diesen aus irgendeinem Grunde schon verlassen hat. Wer den Mut zur Kritik erst dann findet, wenn er den kritisierten Zuständen entronnen ist, bringt sich sehr leicht in den Verdacht, daß der Jured seines Tuns nicht die Absicht der gerechten Forderung, sondern die Sache ist. Jeder, insbesondere der organisierte Arbeiter, hat die Pflicht, die Beseitigung grober Mißstände sofort anzusprechen, sobald er davon Kenntnis erhält. Das Arbeiterblatt kann und soll zur Kritik in der Öffentlichkeit erst dann in Anspruch genommen werden, wenn andere Mittel nicht angewandt werden können oder versagt haben. Auf keinen Fall darf es dazu benutzt werden, an einem Unternehmer oder Vorgesetzten sein Mitleiden zu zeigen.

Wehr Müdigkeit ist ferner zu fordern gegenüber dem Bestreben der Unternehmer, die Arbeiterkraft durch direkte oder indirekte Anwendung von Zwangsmitteln in die goldenen Ketten zu treiben, oder von den freigelegenen Organisationsformen fernzuhalten. Wenn irgendein Arbeiterkennzeichen der Organisation fehlt, ist das nicht verwunderlich, kann man nach dem großen Markt nachsehen; wenn aber vollräftige, tüchtige Arbeiter in besten Alter sich aus ängstlicher Rücksichtnahme und in der Befürchtung, dem Unternehmer könnte das nicht willkommen sein, der Organisation fernhalten, so ist das eine Angsterkrankung, die hart an Jammertüchtigkeit grenzt. Der jetzt so modern gewordene Vorbehalt, daß man ja doch — denken könne, was man wolle, ist nur ein recht selbstsüchtiges Mittelchen für ein solch rückgratloses Verhalten. Diese Art von „Freiheit“ befähigt auch der Sklave längst vergangener Zeiten.

Darum sollte jeder, der noch nicht in die Reihen der kämpfenden Arbeiterkraft eingetreten ist, in sich gehen und nachdenken, ob er nicht als gerade und selbstbewußter Mensch als vollwertiges Mitglied der Gesellschaft, die Pflicht hat, gerade dort Müdigkeit zu bringen, wo er als Hauptfaktor auftritt und für andere Werte (Gehalt) keine Stoffherderei, die zuweilen bei lange geschundenen und gedrückten

Menschen als Reaktion aufzutreten pflegt und in diesem Falle den Forderungen, sondern wir, sondern selbstbewußten Willen, schuldig ausbäumt und sich in ehrlicher Entrüstung empfindet und selbständig Genugtuung bezieht!

Lohnbewegungen.

Die Raschfluten und Heizer der Elbe und Oberelbschiffahrt und den mäßlichen Wasserstraßen liegen in der Lohnbewegung, Arbeitsangeboten von den Reedereien der Elbe, Oder, Havel, Saale, mäßlichen Wasserstraßen sind strikte abzuweichen. Gemäßliche Schiffahrtbetriebe obiger Wasserstraßen sind für organisierte Matrosen- und Kesselpersonal gesperrt.
Mehr als 3000 Herrenkonfektionsarbeiter beschließen Sonntagmorgen in einer Versammlung in Berlin am 8. März die Arbeit niederzulegen, wenn nicht eine allgemeine Lohn-erhöhung bewilligt werde.

Die Aluminiumformer der Firma Kuboff Kautschuk in Solingen sind wegen fortgesetzter Lohnabzüge und Verkleinerung der Organisation in den Aufstand getreten. Junges ist gegen jetzt zu halten.

Einblick.

Die Arbeitswoche der britischen Bergarbeiter.

L. K. Die Urabstimmung aller Distriktsverbände der Gewerkschaften Grobbrunnens über die Frage, ob der Britische Bergarbeiterverband eine „nationale Aktion“ zur Verkürzung der (40stündigen) Arbeitswoche unternehmen soll, ist abgeschlossen. Die Abstimmung ergab das folgende Ergebnis: Für die „nationale Aktion“ 231 741, dagegen 171 270 Stimmen. Also eine Mehrheit von 60 471 für den Kampf und die fünfjährige Arbeitswoche. Die Abstimmungen der einzelnen Distriktsverbände weisen aber große Abweichungen auf. Während Schottland, Northumberland, Lancashire und andere Distrikte mit großer Mehrheit für den Vorschlag gestimmt, sind namentlich Yorkshire und Mittelengland dagegen.

Der Vorstand des Britischen Bergarbeiterverbandes hat nun beschlossen, daß er unter solchen Umständen einen nationalen Kampf nicht unternehmen kann, sondern daß er erst an eine alljährliche einberufende besondere Delegiertenkonferenz berichten müsse.

Parteiangelegenheiten.

Chang-de-Honds unter sozialdemokratischer Verwaltung.

Die sozialdemokratische Verwaltung der schweizerischen Wein- und Obstbauern Chang-de-Honds bemühte sich, soweit es ihr möglich ist, auf allen Gebieten Verbesserungen zu schaffen. Die Franzosen in der großen wie in der kleinen Republik sind bekanntlich große Freunde des Alkohols, der unter der Bevölkerung viel Unheil verursacht. In Chang-de-Honds waren von den 3500 Todesfällen der letzten zehn Jahre 292, deren Ursache der ganze Schweiz nur 5197, die dem Alkohol beizuschreiben hatte, so daß Chang-de-Honds verhältnismäßig viel unglücklicher erscheint. Die sozialdemokratische Verwaltung hat an den alkoholischen Todesfällen die Bestenben relativ minder beteiligt sind als die Arbeiter, ist nur ein schwacher Trost. Unter diesen Umständen wurde von der Stadtverordnetenversammlung (Generalrat) ein sozialdemokratischer Antrag, schon in der Schule durch Aufklärung der Kinder dem Alkoholismus entgegenzutreten, einstimmig angenommen. Die Sozialdemokratie beachtet gerne auch die alkoholisierte Bevölkerung als „Bundesgenossen“. — Ebenfalls einstimmig angenommen wurde ein anderer sozialdemokratischer Antrag, betreffend Steuererleichterung für die Arbeiterbevölkerung. In Chang-de-Honds haben jetzt 1500 Bürger wegen Nichtzahlung der Steuern ihr Wahl- und Stimmrecht verloren, unter denen aber nicht nur Arbeiter, sondern auch bürgerliche Elemente sind. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß diese Arbeiter, die lange arbeitslos waren oder mit Familienjungen zu kämpfen hatten, viel zu hoch eingeschätzt sind; auch sei es ungerecht, daß diese nun aus diesem Grunde das Stimmrecht verlieren sollen. Steuerbefreiungen seien in dieser Beziehung besser als armo Arbeiter, die ihre Steuern nicht zahlen können. Mit ihrer Zustimmung zu diesem Antrag wollten die Wählerlichen der Sozialdemokratie einen Vorschlag erwirken, denn sie erwarten, daß durch die Vorgehen die sozialdemokratische Stadtverwaltung bei der Arbeiterkraft absetzbar sein werden und die Partei schwinden wird. Nun, wie hoffen, unsere Genossen werden die Gesamtinteressen zu wahren verstehen, ohne dadurch die errungene Position der Partei zu untergraben. — Wie dieses Blut hat es unter den Kräften gemacht, daß die sozialdemokratische Stadtverwaltung beschlossen hat, 22 Prozent der Gemeindefunktionen der Konsum- und anderen Genossenschaften zu machen und 48 Prozent bei privaten Geschäftsführern. Die freiwillige Stadtverwaltung hatte bisher alles ausschließlich bei den Kräften gekauft und die Genossenschaften ignoriert und diesen für sie so schmerzlichen Zustand wollten erstere für alle Ewigkeit aufrecht erhalten. — Zur Bekämpfung der Sozialdemokratie haben die Wählerlichen in Chang-de-Honds und anderen Orten der französischen Schweiz nach dem bereits handtrocknen Beispiel in Frankreich eine „radikal-sozialistische Partei“ gegründet, also ein neues Programm angekündigt, um der Arbeiterkraft Sand in die Augen zu streuen. Der Kampf wird keinen Erfolg haben.

Wahlstrukturen des italienischen Parteivorstandes.

I. e. Der italienische Parteivorstand hat den Sektionen ein Rundschreiben angehen lassen, das die ersten vorbereitenden Schritte für den Wahlkampf regeln soll. Die Sektionen werden aufgefordert, bis zum 31. März den Parteikonferenzen zu proklamieren und sich bei der Wahl die bringende Notwendigkeit vor Augen zu halten, die Parliamentsfraktion durch Elemente aus der Arbeiterklasse zu besetzen. Weiter werden die Sektionen darauf aufmerksam gemacht, daß sie keinerlei Stichwahlabschlüsse treffen dürfen. Die Entscheidung darüber steht ausschließlich dem Vorstand zu, der in dem Rundschreiben anfragt, welches Verhältnis im Falle der Stichwahl von den Genossen des betreffenden Wahlkreises beizubehalten wird. Das Rundschreiben soll gleichzeitig eine Umfrage über die Wahlsituation in den einzelnen Kreisen darstellen, wobei freilich zu bedenken ist, daß jede Vorauslage bei der großen Verwirrung der Wähler durch das neue Wahlsystem schwierig und unsicher ist.

Die in Stockholm lebenden deutschen Parteigenossen treffen sich in dem dortigen sozialdemokratischen Verein „Vorwärts“. Gastwirt erteilt Genosse R. A. Janson, Droettninggatan 67, Aufgang B, 2 Treppen, sowie der Vorsitzende, Genosse Otto Eich, Stockholm, Rydgatan 8.

Briefkasten.

M. S. Die Militärdiensttauglichkeit ist wegen dieses Strafmahes nicht ausgeschlossen. — Der Termin zur „Stellung“ wird amtlich rechtzeitig bekannt gemacht.

Ed. Häfies. Paralis debet: gutgläubige Jahnkeitsge-schwaft!

Konkurrenzlos ist nur
Tymians Thalia-Theater
 Dresden-St. 2, Schiller-Str. 2, teleph. 4900
 Sonntag 3 Vorstellungen: Um 11, 4 u. 8 Uhr. Zum Frühbüchchen 10 u. 20 Pf. Entrée. Donnerst.: „Kassakasse“.
 Vorgnast. Nach u. Sonn. nachm. gültig.

Victoria-Salon, Waldenhausstr. 31
 Gastspiel der weltberühmten australischen
Tanz-Schönheit „Saharet“
 Ausserdem: das total neue, erste, Spezialitäten-Programm.
 Anfang 8 Uhr. Sonntags 4 und 8 Uhr.
Theater-Tunnel: Köppler-Edenmühle.
 Anfang 7, 8 Uhr, Sonntag 5 Uhr.

Reichstag.

107. Sitzung, Sonnabend, den 8. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten Dr. Bisco.
Der Eintritt in die Tagesordnung nimmt das Wort zu einer Erklärung des Abgeordneten Dr. Cretz (Z.): Keine Ausführungen in der Sitzung vom 18. über die Stellung des Reichsanwalters und des Staatssekretärs des Innern zur Bekämpfung der Sozialdemokratie...

Entscheidung des Reichsjustizamts.

Die allgemeine Meinung ist ein beim Titel „Staatssekretär“ hierzu liegt eine Resolution Bismarcks (natl.) vor, die dem Senat und dem Reich die Beschlüsse bei allen Zwangsverfügungen von Grundstücken ein bezugsfähiges Vorwurfsrecht einräumt...

Hr. Dr. Cohn (Soz.):

Meine Freunde werden den Titel „Staatssekretär“ nicht heiligen, nicht ehren, weil wir gegen die Verjüngung des gegenwärtigen Reichsstaatsrechtes erhebliches einzuwenden hätten, sondern das einzige Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie...

Die allgemeine Meinung ist ein beim Titel „Staatssekretär“ hierzu liegt eine Resolution Bismarcks (natl.) vor, die dem Senat und dem Reich die Beschlüsse bei allen Zwangsverfügungen von Grundstücken ein bezugsfähiges Vorwurfsrecht einräumt...

Die allgemeine Meinung ist ein beim Titel „Staatssekretär“ hierzu liegt eine Resolution Bismarcks (natl.) vor, die dem Senat und dem Reich die Beschlüsse bei allen Zwangsverfügungen von Grundstücken ein bezugsfähiges Vorwurfsrecht einräumt...

Die allgemeine Meinung ist ein beim Titel „Staatssekretär“ hierzu liegt eine Resolution Bismarcks (natl.) vor, die dem Senat und dem Reich die Beschlüsse bei allen Zwangsverfügungen von Grundstücken ein bezugsfähiges Vorwurfsrecht einräumt...

Die allgemeine Meinung ist ein beim Titel „Staatssekretär“ hierzu liegt eine Resolution Bismarcks (natl.) vor, die dem Senat und dem Reich die Beschlüsse bei allen Zwangsverfügungen von Grundstücken ein bezugsfähiges Vorwurfsrecht einräumt...

trauen.) Die Tatsache, daß ein paar Männer nicht mit einem anderen zusammenarbeiten wollten, der früher wegen großer Veruntreuung, aber dies Versprechen nicht hielt und an den Delegierten der Organisation die bekannte Aufforderung des Geh. von Verwegen richtete, genügt dem Richter in Nordhausen, zwei Männer fängnis zu verurteilen. (Hört! hört!) Es wurde angenommen, daß es sich nur darum gehandelt habe, dem Verband einen rechtswidrigen Vermögensvorteil, nämlich durch Zuführung der Beiträge zu verschaffen...

Diese nach Auffassung vieler Volkstreife bewährte Ungleichheit in der Rechtsprechung tritt auch hervor, wenn es sich um Angeklagte von besonderem Stande oder besonders privilegierte Beamte handelt. Ein Amtsrichter in Jünnau nennt einen Angeklagten den freiesten, ungeliebten Gauner von Jünnau, der seinen Anspruch auf Gleichbehandlung habe...

Die allgemeine Meinung ist ein beim Titel „Staatssekretär“ hierzu liegt eine Resolution Bismarcks (natl.) vor, die dem Senat und dem Reich die Beschlüsse bei allen Zwangsverfügungen von Grundstücken ein bezugsfähiges Vorwurfsrecht einräumt...

Die allgemeine Meinung ist ein beim Titel „Staatssekretär“ hierzu liegt eine Resolution Bismarcks (natl.) vor, die dem Senat und dem Reich die Beschlüsse bei allen Zwangsverfügungen von Grundstücken ein bezugsfähiges Vorwurfsrecht einräumt...

Die allgemeine Meinung ist ein beim Titel „Staatssekretär“ hierzu liegt eine Resolution Bismarcks (natl.) vor, die dem Senat und dem Reich die Beschlüsse bei allen Zwangsverfügungen von Grundstücken ein bezugsfähiges Vorwurfsrecht einräumt...

Die allgemeine Meinung ist ein beim Titel „Staatssekretär“ hierzu liegt eine Resolution Bismarcks (natl.) vor, die dem Senat und dem Reich die Beschlüsse bei allen Zwangsverfügungen von Grundstücken ein bezugsfähiges Vorwurfsrecht einräumt...

Auf dem Gebiete des Strafvollzugs haben sich Beispiele angeeignet, die uns die Schamröte ins Gesicht treiben müssen. Ich erinnere an den Beamten, der im Ruhrgebiet einen Schlingling mit Freiheitsberaubung aufschulden kommen lassen, die mit Buchstaben zu bestrafen wäre. Im Ruhrgebiet hat ja die Klassenjustiz überhaupt Organe geschaffen.

Die Unterjuchungshaft ist systematisch ohne Ansehen des Falles aus nicht in der Sache liegenden Gründen angeordnet worden. Auch beim Moabitler Prozeß wurde sie über Jugendliche verhängt, was ein sinnloses Verbrechen zu bezeichnen ist. Die beste Köpfe dieses Landes war ja Frau Reinhard, die Petroleuse, die einem Polizeileutnant eine Petroleumlampe ins Gesicht geworfen haben sollte...

Die allgemeine Meinung ist ein beim Titel „Staatssekretär“ hierzu liegt eine Resolution Bismarcks (natl.) vor, die dem Senat und dem Reich die Beschlüsse bei allen Zwangsverfügungen von Grundstücken ein bezugsfähiges Vorwurfsrecht einräumt...

Die allgemeine Meinung ist ein beim Titel „Staatssekretär“ hierzu liegt eine Resolution Bismarcks (natl.) vor, die dem Senat und dem Reich die Beschlüsse bei allen Zwangsverfügungen von Grundstücken ein bezugsfähiges Vorwurfsrecht einräumt...

Die allgemeine Meinung ist ein beim Titel „Staatssekretär“ hierzu liegt eine Resolution Bismarcks (natl.) vor, die dem Senat und dem Reich die Beschlüsse bei allen Zwangsverfügungen von Grundstücken ein bezugsfähiges Vorwurfsrecht einräumt...

Die allgemeine Meinung ist ein beim Titel „Staatssekretär“ hierzu liegt eine Resolution Bismarcks (natl.) vor, die dem Senat und dem Reich die Beschlüsse bei allen Zwangsverfügungen von Grundstücken ein bezugsfähiges Vorwurfsrecht einräumt...

Die allgemeine Meinung ist ein beim Titel „Staatssekretär“ hierzu liegt eine Resolution Bismarcks (natl.) vor, die dem Senat und dem Reich die Beschlüsse bei allen Zwangsverfügungen von Grundstücken ein bezugsfähiges Vorwurfsrecht einräumt...

Arbeiter, Hausfrauen! Berücksichtigt bei Euren Einkäufen unsere Inserenten und beruft Euch beim Einkauf auf die Inserate in der Volkszeitung.

